

15/1999

Generalsekretärin Angela Merkel:

Neue Antworten auf neue Fragen

Mit der Umsetzung der Erfurter Leitsätze hat sich am 10. Mai im Konrad-Adenauer-Haus der Bundesvorstand befaßt. Er verteilte die Arbeitsaufträge des 12. Parteitags in Erfurt und erwartet nun, wie Generalsekretärin Angela Merkel der Bonner Presse gegenüber erklärte, „daß die CDU auch neue Antworten auf neue Fragen findet“. Die wichtigsten Themen: ● Familie ● Sozialstaat ● Bildung ● Staat.

1. Zum Thema Zukunft der Familie tagt am 6. Dezember unter dem Motto „Familie 2000“ der Bundesausschuß der CDU. Der Bundesvorstand hat unter der Leitung der Generalsekretärin eine Kommission eingesetzt, die diesen sogenannten Kleinen Parteitag vorbereiten soll.

2. Mit dem Sozialstaat wird sich eine weitere Kommission befassen. Die Zukunft der Renten- und Krankenversicherung, alles, was den Niedriglohn-Bereich betrifft, und die ganze Palette der Forderung „Arbeit für alle“ wird auf der Tagesordnung stehen. Vorsitzender dieser Kommission: der stellvertretende Parteivorsitzende Christian Wulff.

3. Mit der Vorbereitung des Themas Zukunft der Bildung, das auch das Hauptthema des 13. Parteitags im nächsten Jahr sein wird, hat der Bundesvorstand die

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

● Europa-Wahlkampf

Generalsekretärin Angela Merkel: Europa muß man richtig machen. Seite 6

Die Termine der Fernseh- und Hörfunkspots. Seite 44/45

● Arbeit und Soziales

Hermann Kues: Sie sind auf dem Holzweg, Herr Riester! Kehren sie um! Seite 12

● Steuern/Finanzen

Friedrich Merz: Eine grundlegende Kurskorrektur ist notwendig. Seite 16

● Staatsangehörigkeit

Jürgen Rüttgers: Ausländische Mitbürger Opfer rot-grüner Koalitionsräson. Seite 20

● Dokumentation

Wolfgang Schäuble: Herr Bundeskanzler, Sie werden Ihrer Verantwortung nicht gerecht. Rede im Deutschen Bundestag am 5. Mai. Grüner Teil

● UiD Extra

50 Jahre Grundgesetz. Innenteil

Kurz & gut

Einen großen Schritt nach vorn

für die Kompetenzen des Europäischen Parlaments hat der stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion in Straßburg, Hans-Gert Pötering, das Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam zum 1. Mai genannt. In Zukunft werden 75 bis 80 Prozent der europäischen Gesetzgebung der Mitentscheidung durch die europäische Volksvertretung unterliegen.

Europäer in Deutschland

Unionsbürger, die ihr Freizügigkeitsrecht in der EG wahrnehmen, sollen in Deutschland keiner besonderen Aufenthaltsgenehmigung mehr bedürfen. Das hat der 12. Parteitag der CDU in Erfurt beschlossen. Überhaupt soll für den Aufenthalt von Unionsbürgern in Deutschland künftig nicht mehr die Ausländerbehörde, sondern das Einwohnermeldeamt zuständig sein.

Fair und sachlich

soll nach den Worten des neuen Präsidenten des Bundesrats Roland Koch die Zusammenarbeit der Länderkammer mit der rot-grünen Bundesregierung sein. Die Zusammensetzung des Bundesrats nach dem Wahlsieg der CDU in Hessen werde allerdings die „Arroganz der rigorosen Duchssetzung einer bestimmten Meinung“ verhindern.

Ungefähr 44.000 Mark

sind allein auf dem Erfurter Parteitag der CDU bei der Spendenaktion „Hilfe für Kosovo“ zusammengekommen, zu der Generalsekretärin Angela Merkel aufgerufen hat. Die Delegierten unterstützen damit ein Hilfsprojekt des Komitees Cap Anamur Deutsche Notärzte e.V. und eine Zeitung für Flüchtlinge, die „Auf Wiedersehen in Pristina“ heißen soll.

Parteitagsdelegierte wollen „Frieden für den Kosovo“

„Militärische Entschlossenheit und die Bereitschaft zu einer politischen Lösung gehören zusammen. Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie al-

les unternimmt, um eine militärische Eskalation zu vermeiden, und jede Chance für eine politische Lösung nutzt. Die CDU wird keinem Schritt zustimmen, der eine

nicht beherrschbare militärische Entwicklung auf dem Balkan auslöst. Rußland muß in diesem Prozeß eine substantielle Rolle übernehmen und seinen Einfluß

auf die serbische Regierung stärker wahrnehmen. Es ist zu hoffen, daß das jüngste russische Bemühen Früchte tragen wird und daß sich die Möglichkeit ergibt, daß

die UNO wieder einen aktiven Part bei der Lösung des Konflikts übernehmen kann.“ (aus dem einstimmig angenommenen Initiativantrag Nr.1)

3
2
1

DAS WICHTIGSTE DER WOCHE NR. 15 AUF EINER SEITE

Ein einiges Europa ist die beste Vorkehrung für die Zukunft, um Frieden und Freiheit auch im kommenden Jahrhundert zu sichern und um Wohlstand und soziale Sicherheit in der Welt zu bewahren.

Wolfgang Schäuble

Wolfgang Schäuble: Die Union spielt um Platz eins

Wir sind in guter Verfassung. Daß sich die Union den eigenen Mitgliedern und Anhängern, aber auch einer breiten Öffentlichkeit in diesem erfreulichen Zustand präsentieren kann, ist für sich genommen schon ein vorzeigbares Ergebnis und ein voller Erfolg des 12. Parteitags der Christlich Demokratischen Union in Erfurt.

Dabei ist das alles andere als selbstverständlich nach einer schmerzlichen Wahlniederlage im vergangenen Herbst. Wer hätte es denn am Abend des 27. September 1998 gewagt, der Union zu prophezeien, daß sie nach einem halben Jahr wieder die stärkste politische Kraft im Lande ist und in fast allen Umfragen Werte von deutlich über 40 Prozent erreicht?

Oder wer hätte daran geglaubt, daß die Union gleich die erste Nagelprobe besteht und in Hessen die Landtagswahl gewinnt, eine rot-grüne Regierung ablöst und so die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zu ihren Gunsten verändert?

Die rasche Erholung der CDU von ihrem Wahlschock hat zwei Gründe:

Zum einen ist ihr sehr schnell und ohne Reibungsverluste die personelle Erneuerung gelungen. Auf dem Wahlparteitag im November 1998 haben wir eine neue Führung gewählt, in der Erfahrung und Aufbruch glaubwürdig vertreten sind.

Zum anderen: Der personellen Geschlossenheit folgt nun – ebenfalls ohne Brüche und unnötige Dissonanzen – die inhaltliche Neuausrichtung.

Der Parteitag in Erfurt zeigt: Wir tun gut daran, an unserem Koordinatensystem bewährter Grundsätze festzuhalten und gleichzeitig die Themen konsequent und ohne Tabus aufzuarbeiten, die den Menschen auf den Nägeln brennen.

Trotzdem besteht kein Grund zur Überheblichkeit. Nur wenn wir auch weiterhin unseren Kurs konsequent weiterverfolgen, werden wir das Spiel um Platz eins auch gewinnen können – bei der Europawahl am 13. Juni, bei den Landtags- und Kommunalwahlen in den nächsten Monaten. Die Chancen dafür stehen jedenfalls sehr gut.

Chancen verspielt

Weder in diesem noch im nächsten Jahr wird es – so das Frühjahrsgutachten der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute – einen Beitrag von Rot-Grün zur Belebung der Wirtschaft und für mehr Arbeitsplätze geben. Friedrich Merz,

stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; Die deutsche Wirtschaft ist insgesamt robust, und noch profitiert die Schröder-Regierung von Voraussetzungen, die die Regierung Kohl geschaffen hat.

Völlig inakzeptabel

ist nach Meinung des Obmanns der CDU/CSU für Kultur und Medien, Bernd Neumann, die bekannt gewordene Forderung von ARD und ZDF, Rundfunk- und Fernsehgebühren um ca. 20 Prozent zu erhöhen. Eine solche

Forderung sei den Bürgern aus sozialen Gründen nicht zuzumuten; sie könne aber auch aus medienpolitischer Sicht nicht vertreten werden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland ist ohnehin schon der teuerste der Welt.

Fortsetzung von Seite 1

stellvertretende Parteivorsitzende Annette Schavan beauftragt.

4. Christa Thoben ist nach dem Willen des Bundesvorstands für das Thema moderner Staat zuständig, dessen Aufgaben und Grenzen beschrieben werden sollen.

Angela Merkel: „Bereits im Juni werden Christian Wulff, Annette Schavan, Christa Thoben und ich dem Bundesvorstand über die Vorarbeiten berichten.“

Erst denken – dann handeln!

Ein Novum bei den Beratungen des Bundesvorstands am 10. Mai war die Befragung von Vertretern derjenigen Wirtschaft- und ehrenamtlichen Tätigkeitsbereiche, die von der Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung unmittelbar betroffen sind.

Angela Merkel: „Getreu unserem Motto *Mitten im Leben* haben wir uns von den verheerenden Auswirkungen der Neuregelung aus erster Hand berichten lassen. Einhellige Meinung des Bundesvorstands zu dem, was wir dabei zu hören bekamen: Das Gesetz muß unverzüglich ausgesetzt werden.“

Augen zu und durch – das kann nicht Prinzip der Gesetzgebung sein. Niemand leugnet, daß es ein Problem mit den 630-Mark-Jobs und mit der sog. Scheinselbstständigkeit gibt. Die Lösung des Problems braucht aber Zeit zum Nachdenken, und die Umsetzung des Ergebnisses macht vernünftige Übergangszeiten erforderlich.



andere KÖNNEN AUCH NICHT STÄNDIG »NACHBESSERN«, HERR SCHRÖDER.

Politik muß man richtig machen.



CDU
mitten im Leben, mitten in Europa.

Die Generalsekretärin stellte die neueste Wandzeitung und Großfläche der CDU vor: „Andere können auch nicht ständig *nachbessern*, Herr Schröder!“ und beschrieb die Art von Politik, die irgendetwas in die Welt setzt, sich allen Einwänden gegenüber taub stellt und, wenn’s schief geht, wenigstens das Schlimmste wieder gradezubiegen versucht, als Ausdruck „einer ziemlichen Arroganz der Macht“.

Danach erteilte Parteisprecherin Eva Christiansen den berufenen Experten zum Thema 630-Mark-Jobs das Wort.

Schlicht und einfach wirtschaftlicher Unsinn

Albert Rieder, Geschäftsführer einer PR-Gruppe in Waidlingen mit 2.500 geringfügig Beschäftigten, die als Regalservice-Kräfte arbeiten:

Diese Leute sind zu 20 Prozent begünstigt Freigestellte, also Hausfrauen, die eine Freistellung von Abgaben bekommen, und zu 80 Prozent solche, die ein steuerpflichtiges Haupteinkommen haben, also Rentner, Halbtagskräfte, alleinerziehende Müt-

ter mit Ehegatten-Unterhalt. Alle brauchen dringend das Geld.

Diese 80 Prozent müßten eigentlich nach Vier Lohnsteuerkarte beschäftigt werden – mit riesigen Abzügen. Die andere Möglichkeit, die wir zur Zeit praktizieren, weil wir die Leute nicht verlieren wollen: Wir geben ihnen eine Nettozulage und legen pro Stunde ca. drei bis vier Mark drauf, die wir allerdings von der Industrie auf keinen Fall zurückbekommen.

Dazu kommt noch: Die Service-Kräfte arbeiten nicht nur für uns, sondern auch für fünf bis acht andere Agenturen. Die durchschnittliche Lohnsumme, die wir haben, liegt unter 100 Mark im Monat. Das heißt: Wenn die Leute 630 Mark verdienen, was auf die meisten zutrifft, haben sie mehrere Arbeitgeber; und jeder Arbeitgeber muß jeden einzelnen mit einem dicht beschriebenen Formular anmelden und jeden Monat mit demselben Formular die Beiträge bei der Wohnsitz-AOK abführen. Es handelt sich dabei um Kleinstbeträge, um 10, 20 oder 30 Mark – multipliziert mit 2.500 – an 2.500 Wohnsitz-AOKs, die ich noch gar nicht einmal alle kenne.

Ergebnis der Geschichte: Ich kann am 15. Mai meine Abgabenlast für April nicht leisten. Ich kann es schon technisch nicht. Und abgesehen davon, daß ein DATEV-Programm pro Abrechnung im Monat 30 Mark Gebühren kosten würde, ist angesichts geringfügiger Lohnsummen die Zahlung noch geringfügiger Beiträge schlicht und einfach wirtschaftlicher Unsinn.

Das kann in diesem Land eigentlich keiner wollen

Walter Probst, Hauptgeschäftsführer des Landessportbunds Nordrhein-Westfalen:

Die jetzt vorliegenden gesetzlichen Regelungen haben natürlich auch Auswirkungen

auf den gemeinwohlorientierten Bereich, das heißt auf die Vereinsarbeit – nicht nur der Sportvereine, sondern auch derjenigen Vereine, die Kultur- und Sozialarbeit leisten.

Allein für die Sportvereine bedeutet das: Etwa 2,4 Millionen freiwillig und ehrenamtlich tätige Übungsleiterinnen und Übungsleiter werden über Nacht zu Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Vereinen – mit der Folge, daß die Vereine für sie die volle sozialrechtliche Verantwortung übernehmen müssen.

Darauf sind natürlich ehrenamtlich geführte Vereine in keiner Weise vorbereitet; und für die nach § 26 handelnden Vereinsvorstände entstehen hohe persönliche Risiken, wenn die nach dem neuen Gesetz notwendig gewordenen Abgaben nicht geleistet werden.

Wenn auf diese Weise unsere Vereine Wirtschaftsunternehmen werden – ich spreche nicht von Bundesliga-Vereinen, sondern von der großen Zahl gemeinnützig arbeitender Vereine –, dann steht damit die Gemeinnützigkeit der Vereine überhaupt auf dem Spiel. Und das kann in diesem Land eigentlich keiner wollen.

Mehr Kosten – weniger Jobs

Achim Deerks, Deutscher Industrie- und Handelstag erläutert eine Umfrage, die der DIHT bei 7.700 Unternehmen über die Auswirkungen der gesetzlichen Neuregelung durchgeführt hat:

Ungefähr 40 Prozent der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse werden wegfallen. Hochgerechnet auf die Bundesrepublik bedeutet das einen Wegfall von rund 800.000 solcher Arbeitsplätze.

Besonders besorgniserregend ist dabei die nur sehr kleine Zahl derjenigen Unternehmen, nämlich nur 15 Prozent der Befrag-

Durch massive Ausweitung des zweiten Arbeitsmarktes erkaufte

Zur aktuellen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:

Die aktuelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt leidet unter der widersprüchlichen Sozial-, Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik. Eine bleierne Schwere hat sich ausgebreitet, die Eigeninitiative, Kreativität und Selbständigkeit der Menschen geradezu erstickt und die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt abwürgt. Wir haben Stillstand und Stagnation statt Aufbruch und Erneuerung.

Regulierung statt Arbeit

Dies ist das Ergebnis einer Politik, die Regulierung auf dem Arbeitsmarkt zum obersten Prinzip erhebt – getreu nach dem Motto: Regulierung statt Arbeit.

Der leichte Rückgang der Arbeitslosen um 143.000 ist ausschließlich auf saisonale Schwankungen zurückzuführen und durch die massive Ausweitung des zweiten Arbeitsmarktes erkaufte worden:

Kein Schritt nach vorn

Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Arbeitslosen zwar um rund 275.000 zurückgegangen, im selben Zeitraum ist aber auch die Zahl der Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung sowie an AB- und Strukturanpassungsmaßnahmen um gut 243.000 gestiegen. Alleine durch das Programm für 100.000 Arbeitslose Jugendliche wird die Statistik um rd. 50.000 Arbeitslose bereinigt.

Ihrem Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitslosigkeit abzubauen, ist die Regierung damit keinen Schritt näher gekommen.

ten, die sich in der Lage sehen, wenigstens einen Teil dieser geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse durch sozialversicherungspflichtige Teilzeit- oder Vollzeitjobs zu ersetzen.

Das Schlimme ist dabei auch: Da, wo geringfügige Beschäftigungsverhältnisse ersatzlos wegfallen, sind auch sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, die zur Zeit bestehen, gefährdet. Wenn nämlich keine Serviererin, kein Kellner auf 630-Mark-Basis mehr da ist, dann ist möglicherweise auch der Job des einen oder anderen Kochs in Gefahr.

Sieben Prozent der Unternehmen und immerhin zehn Prozent der Kleinunterneh-

men befürchten sogar Auswirkungen der Neuregelung auf ihre eigene Existenz. Vor diesem Hintergrund fordern auch wir: Das Gesetz sofort aussetzen, damit man sich in Ruhe überlegen kann, wie wir für den gesamten geringfügigen Einkommensbereich zu einer vernünftigen Lösung kommen.

Branchenspezifische Ausnahmeregelungen sind unserer Ansicht nach kontraproduktiv und führen ganz und gar in die Irre. Auch die rot-grüne Bundesregierung hat sich ja den Subventionsabbau vorgenommen. Eine neue Subventionierung würde aber eine solche Ausnahmeregelung letzten Endes bedeuten. ■

Generalsekretärin Angela Merkel:

Europa muß man richtig machen

Die SPD hat ihr Logo neuerdings mit der Unterzeile „Gut für Sie. Gut für Europa“ versehen. Das ist eindeutig zu wenig, also ist es gut, daß wir verglichen haben. CDU – das ist besser für Sie und besser für Europa. Wir treten mit dem Anspruch an, das Beste für die Menschen und für Europa zu erzielen. Denn: Europa muß man richtig machen.

Es kann nicht angehen, sich nur mit dem Rückgängigmachen des Rückgängiggemachten zu beschäftigen. Andere können auch nicht ständig „nachbessern“. „Nachbessern“ ist auf dem besten Weg, das Unwort des Jahres 1999 zu werden. In der Politik wie im richtigen Leben gilt: Erst denken, dann handeln. In diesem Sinne haben wir unseren Wahlkampf unter das Leitmotiv „Europa muß man richtig machen“ gestellt.

Die Christlich Demokratische Union ist die deutsche Europa-Partei. Wir wollen ein starkes Europa, weil es eine starke Wirtschaft mit einer solidarischen Gesellschaft und einer demokratischen Ordnung verbindet. Wir wollen ein Europa, das seinen Beitrag zu einer friedlicheren und besseren Welt leistet. Wir wollen ein Europa, das seinen Bürgern durch seine Institutionen nahe ist. Die CDU verfügt nicht nur über die Vision Europa, sondern auch über die Kompetenz, diese Vision in Realität umzusetzen. Deshalb treten wir mit dem Leitmotiv „Europa muß man richtig machen“ an.

Dieses Leitmotiv wollen wir den Menschen in Inhalt und Form mitten im Leben vermitteln. Denn es ist uns ernst mit unserem Motto „mitten im Leben“. Damit sind wir nach unserem Parteitag im November 1998 angetreten. Damit haben wir unseren

Parteitag in Erfurt bestimmt. Dazu gehören die Erfurter Leitsätze. Dazu gehört unser Euro-Truck, mit dem wir zu den Menschen auf die Straßen und Plätze gehen, mit dem Wolfgang Schäuble einen Großteil seiner rund 30 Großkundengebungen in ganz Deutschland gestaltet. Wir wollen als Volkspartei der Mitte raus aus den eigenen vier Wänden und rein mitten ins Leben.

Das heißt, den Menschen nicht nach dem Mund zu reden, aber auch nicht über ihre Köpfe hinweg, das heißt, die Menschen dort abzuholen, wo sie sind: bei ihren Sorgen um Freiheit und Frieden, um äußere Sicherheit, um innere Sicherheit, um die Stabilität des Euro, um die Vielfalt der Regionen in einem sich einigenden Europa, aber auch ganz konkret um Steuererhöhungen oder die Gesetze der Bundesregierung zur Scheinselbständigkeit und zu den 630-Mark-Jobs. Wir werden die Brücke schlagen zwischen innenpolitischen Aufgaben und europäischen Herausforderungen.

Drei Phasen durchziehen dabei unsere Großflächenplakatierung:

1. Phase (bis 24. Mai)

Europa muß man richtig machen: Dazu gehören Werte. Europa ist nicht nur eine Wirtschafts-, sondern vor allem auch eine Wertegemeinschaft. Die Vollendung der deutschen Einheit und der europäische Einigungsprozeß sind zwei Seiten derselben Medaille. Dies wird gerade in diesen Wochen des Kosovo-Konfliktes, aber auch des 50jährigen Bestehens der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai deutlich. Die Union hat diese 50 Jahre wesentlich geprägt. Einigkeit und Recht und Freiheit,

dies ist deshalb für uns auch Anspruch beim weiteren Prozeß der europäischen Einigung. Wir unterstützen die Politik der Bundesregierung beim NATO-Einsatz im Kosovo, um in der Region Frieden in Freiheit für die Menschen wiederherzustellen. Wenn hunderrtausende Menschen leiden, weil ihre Rechte und ihre Freiheit mit Füßen getreten werden, so sind dies hunderrtausend Gründe, Europa sicher zu machen.

2. Phase (25. Mai bis 3. Juni)

Europa muß man richtig machen: Dies wird in der zweiten Phase anhand konkreter Sachthemen zum Ausdruck gebracht – bei der inneren Sicherheit, der Stabilität des Euro oder der Vielfalt der Regionen in Europa, in einem Europa also, das nicht in allen Fragen stets einig sein muß und in dem jedes Land seine Interessen vertreten kann, denn nicht jedes Problem in Europa ist ein Problem für Europa, in dem aber auf dem Weg der europäischen Einigung gemeinsam vorangeschritten wird. Die Plakate hierzu werden wir Ihnen zu einem späteren Zeitpunkt vorstellen.

3. Phase (4. Juni bis 13. Juni)

Europa muß man richtig machen: Wir wollen zugespitzt deutlich machen, warum die Menschen CDU wählen sollen. Dazu gehört die Verlässlichkeit Deutschlands in Europa. Dazu gehört der Angriff auf die Inkompetenz der rot-grünen Bundesregierung bei innenpolitischen Aufgaben. Wer schon an Gesetzen zur Scheinselbständig-

keit, den 630-Mark-Jobs und ähnlichem scheitert, wer nach EU-Gipfeln in Berlin Lottogewinne herbeisehnt, statt konsequent zu verhandeln, der soll Europa anderen überlassen.

Diese und andere Themen werden auch in unseren Zeitungsanzeigen und in einer Vielzahl von Themen-Leporellos angesprochen. Auch wollen wir Europa für jeden erlebbar machen und haben deshalb in einer Broschüre „Europa – ganz persönlich“ Impressionen hierzu zusammengefaßt. Unter dem Motto „Europa muß man richtig feiern“ werden wir am 30. Mai in einer der modernsten Hallen in Deutschland, in der Köln-Arena, ein großes Europafest feiern. Auch hier gilt wieder: mitten im Leben. Der Wahlkampf wird von der Werbeagentur Hagenhoff und Graef aus Osnabrück gestaltet.

Mitten im Leben ist dann auch das Motto unserer TV- und Hörfunkspots. (**Termine Seite 44/45**) Wir haben in den Erfurter Leitsätzen beschlossen, von einer Mitgliederpartei zur Bürgerpartei zu werden. Sie werden eine bürgernahe CDU im Wahlkampf erleben. Dies wird auch in den TV- und Hörfunkspots sichtbar werden. Und wir freuen uns, die Vogelsänger-Filmagentur hierfür gewonnen zu haben. Mitten im Leben – das heißt kein Abgehobensein, das heißt, das darzustellen, was die Menschen bewegt, unarrogant, nicht von oben herab, sondern mittendrin, etwas humorvoll, auch etwas bissig, eben: mitten im Leben, und dabei gilt: Europa muß man richtig machen. ■

Die Europawahl im Juni wird nach Einschätzung von Hessens Ministerpräsident Roland Koch eher eine Abstimmung über die 630-Mark-Jobs als über europapolitische Fragen. Die SPD glaube, gegen die Mehrheit der Bevölkerung Politik machen zu können, sagte Koch in einem dpa-Gespräch. „Das war die Fehleinschätzung beim Staatsbürgerschaftsrecht, und das ist im Augenblick die Fehleinschätzung bei den 630-Marks-Verhältnissen.“ Das Gesetz koste Hunderttausende von Arbeitsplätzen und Millionen von Mark in den Unternehmen: „Dafür wird man bei Wahlen brutal bestraft.“

Der Breitensport ist gefährdet

Die Neuregelung der sogenannten 630-Mark-Jobs führt nicht nur zu massiven Verunsicherungen bei den Betroffenen, sondern kann zu einem Zusammenbruch des bisherigen Systems der Breitensportförderung führen. Die ersten konkreten Erfahrungen belegen, daß insbesondere die Jugendarbeit – die teils ehrenamtlich, aber auch mit einer Vielzahl geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse aufrecht erhalten wird – unter der chaotischen Politik der Schröder-Regierung zu leiden hat.

Millionen von Kindern und Jugendlichen haben heute in den Sportvereinen nicht nur ein sportliches Betätigungsfeld, sondern oft auch ein soziales Zuhause gefunden. Dies gilt besonders für Kinder und Jugendliche von Ausländern und Aussiedlerfamilien, für die die Sportvereine längst Integrationsfaktor Nr. 1 geworden sind.

Bescheidenes Zubrot

Jede Stunde im Sportverein erspart dem Steuerzahler die Kosten für Sozialarbeit oder Drogenprävention.

Das 630-Mark-Gesetz ist deshalb nicht nur ein steuerpolitischer, sondern auch ein sozialpolitischer Skandal.

Vor allem die Betreuer von Kinder- und Jugendabteilungen haben sich aufgrund der alten Gesetzeslage ein 'bescheidenes Zubrot' für einen hohen Zeitaufwand verdienen können. In der Regel werden jetzt aber nicht nur die Sozialversicherungsbeiträge, sondern auch Steuern fällig.

Peter Götz, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Nicht unerheblich ist überdies der mit der Neuregelung verbundene hohe Bürokratieaufwand, mit dem sich die ehrenamtlich tätigen Vereinsvorstände herumschlagen müssen. Dazu gehören unter anderem Beantragung einer Freistellungsbescheinigung beim zuständigen Finanzamt, Einholen einer Lohnsteuerkarte, Erteilung der Lohnsteuerbescheinigung auf der Freistellungsbescheinigung und Anmeldung bei der Krankenkasse. Wer solche Gesetze beschließt, hat sich von der Lebenswirklichkeit schon lange verabschiedet.

Abstimmung per Computer möglich

Bei den Wahlen zum 5. Europäischen Parlament am 13. Juni wird es eine Deutschland-Premiere geben: Köln will als erste deutsche Kommune bei einer Wahl Abstimmungscomputer einsetzen.

In vielen Wahllokalen sollen die Kölnerinnen und Kölner ihre Kandidaten dann nicht mehr per Kreuzchen auf einem Stimmzettel wählen, sondern

per Tastendruck oder Mausklick vor einem von rund 600 Computer-Bildschirmen.

Der seit kurzem in Deutschland erlaubte Einsatz von Abstimmungscomputern mit amtlichem Zertifikat ist den Kommunen freigestellt. Was für Deutschland eine Premiere ist, gehört in anderen Ländern, beispielsweise in den Niederlanden, längst zur Routine.

Generalsekretärin Angela Merkel:

Andere können auch nicht ständig „nachbessern“, Herr Schröder

Nach sechs Monaten rot-grüner Bundesregierung zeigt sich deutlich: Die Bundesregierung hat kein Konzept, mit dem die Schaffung neuer Arbeitsplätze gelingen könnte. Weichen wurden falsch gestellt, oder Entscheidungen werden in Bündnisrunden auf die lange Bank geschoben. Die Konsequenz ist:

- Das Wirtschaftswachstum mußte von 2 auf 1,6 Prozent korrigiert werden.
- 700.000 Arbeitsplätze sind durch die 630-Mark-Regelung in Gefahr.
- Existenzgründer werden durch das Gesetz zur Scheinselbständigkeit zum Aufgeben gezwungen.
- Die Bürokratie ist durch die Gesetze zur Scheinselbständigkeit, zur 630-Mark-Regelung und zur Ökosteuer ins Unermeßliche gestiegen.
- Notwendige Reformen wie bei Gesundheit und Rente wurden rückgängig gemacht und die Wirtschaft durch das sogenannte „Steuerentlastungsgesetz“ stärker belastet.

Die Neuregelung der 630-Mark-Arbeitsverhältnisse ist von Bundeskanzler Schröder persönlich Ende 1998 zur Chefsache

gemacht worden. Das Gesetz konnte nur notdürftig verfassungskonform gemacht werden. Bei Anhörungen wurde der gesamte Sachverstand, der geschlossen auf die katastrophalen Folgen des Gesetzes hingewiesen hat, nicht berücksichtigt.

Die Ministerpräsidenten der SPD trifft schwere Schuld, daß sie wider besseres Wissen im Bundesrat die Bundesregierung gestützt haben. Millionen von Menschen sind betroffen. Trotzdem wird im Bundesrat der Einsetzung von Expertenkommissionen und Langzeitbeobachtungen das Wort geredet. Obwohl die Konsequenzen klar sind, ist am 30. April im Bundesrat wieder ein Antrag der CDU-regierten Länder mehrheitlich abgelehnt worden. Es wird der Eindruck erweckt, als ob die Bundesrepublik ein großangelegtes Versuchslabor sei, obwohl schon heute jeder weiß, daß die Gesetze geändert werden müssen. Die CDU wird alles in ihrer Macht Stehende tun, die Gesetze zum Wohle der Menschen zu verändern.

Andere können auch nicht ständig „nachbessern“, Herr Schröder. Politik muß vielmehr der Devise folgen: vordenken statt nachbessern.

23 Parteien treten zur Europawahl an

Zur Europawahl am 13. Juni treten in Deutschland 23 Parteien oder sonstige politische Vereinigungen an. Wie Bundeswahlleiter Johann Hahlen weiter mitteilte, gibt es diesmal mit bundesweit 62,3 Millionen so viele Wahlberechtigte wie nie zuvor. Am 13. Juni wird zum fünften Mal über die Sitzverteilung im Europäischen Parlament im französischen Straßburg entschieden. In Deutschland, das 99 der 626 Abgeordneten stellt, wird mit einer Wahlbeteiligung von rund 60 Prozent gerechnet.

Schily sollte konkret werden

Zu der Forderung von Innenminister Schily, Kündigungen im öffentlichen Dienst zu erleichtern, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Wie so häufig, bleibt Schily auch mit seinem Vorstoß zur Verschlechterung des Kündigungsschutzes im öffentlichen Dienst schillernd, statt konkret zu benennen, wem wann wo und weshalb gekündigt werden soll.

Statt laut darüber nachzudenken, wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes leichter in die Arbeitslosigkeit geschickt werden können, sollte der Bundesinnenminister seinen Vorschlag angesichts der eigenen bisherigen Fehlleistungen (angefangen von der unseligen Hektik bei der verfehlten Reform des

Staatsangehörigkeitsrechts bis hin zur völligen Unklarheit über die weitere Aufnahme von Kosovo-Flüchtlingsen) vielleicht nicht zu allererst unten, sondern oben – bei sich selbst – ausprobieren.

Nach Vorstellung des Ministers sollen Bund, Länder und Gemeinden ihren Beschäftigten künftig leichter kündigen können. In einem heute erschienenen Zeit-Interview sagt er: „Daß wir im öffentlichen Dienst praktisch unkündbare Arbeitsverhältnisse haben, halte ich für eine Fehlentwicklung.“

Es ist eine weitere Fehleinschätzung des Ministers davon auszugehen, daß er mit den Gewerkschaften aussichtsreich über die Verschlechterung des Kündigungsschutzes im öffentlichen Dienst verhandeln kann.

Der Krankenstand steigt wieder seit der Wiedereinführung der Lohnfortzahlung

Seit der Wiedereinführung der Lohnfortzahlung durch die neue Bundesregierung steigen die krankheitsbedingten Fehlzeiten in den Betrieben wieder. Das berichtete die Tageszeitung „Die Welt“ unter Berufung auf eine Statistik des Bundesgesundheitsministeriums.

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt sprach gegenüber der Zeitung von einem „Alarmsignal“. Die Entwicklung belege, daß die Rücknahme des Lohnfortzahlungsgesetzes ein „schwerer Fehler“ gewesen sei. Hundt forderte die Bundesregierung auf, die Gesetzesrücknahme erneut zu überdenken.

Nach Angaben der „Welt“ stieg der Krankenstand nach Rekordtiefständen in den vergangenen zwei Jahren im ersten Quartal 1999 wieder deutlich an: In den ersten drei Monaten dieses Jahres hätten die Arbeitnehmer 4,4 Prozent der Sollarbeitszeit versäumt. Dies entspreche 2,67 Arbeitstagen und einem Anstieg von zehn Prozent gegenüber dem ersten Quartal 1998.

Dabei hätten die Arbeitnehmer im Westen 4,35 Prozent und im Osten 4,65 Prozent der Sollarbeitszeit gefehlt. Besonders deutlich sei der Anstieg in den Monaten Februar und März gewesen.

Rein in die Kartoffeln – raus aus den Kartoffeln

Zu der Entscheidung des Bundesfinanzministers, nun doch von der Einführung eines Kindergrundfreibetrages abzusehen, erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hannelore Rönsch:

Auch in der Familien- und Finanzpolitik verfährt die Regierung nach dem Motto: Versuch und Irrtum. Nach der Demission von Oscar Lafontaine durfte die parlamentarische Staatssekretärin Dr. Barbara Hendricks aus dem Finanzministerium die Idee der Einführung eines Kindergrundfreibetrages mediengerecht der Öffentlichkeit präsentieren. Verfassungsrechtliche Bedenken im eigenen Haus gab es damals schon - ernstgenommen wurden sie nicht. Es bedurfte der Intervention der Justizministerin, um die politische Führung des Finanzministeriums zum Umdenken zu bewegen. In der Koalition wird das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Besteuerung der Familien inzwischen sogar als „unsozial“ bezeichnet, weil es auch verhindert, daß Eltern mit höheren Einkommen steuerlich benachteiligt werden.

Völlig abgetaucht ist aber die Familienministerin. Frau Bergmann plädiert gebetsmühlenhaft dafür, weiter abzuwarten, und sie ist offensichtlich in die Entscheidungs-

findung überhaupt nicht einbezogen. Von ihr dürfen sich die Familien in Deutschland wahrlich nicht gut vertreten fühlen.

Wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Besteuerung der Familien umgesetzt und wie diese Umsetzung finanziert werden soll, ist damit wieder völlig offen. Die Grünen wollen ein höheres Kindergeld, der Finanzminister hat dafür kein Geld. Die Grünen wollen, daß nicht allein die Familien ihre steuerliche Entlastung selbst finanzieren, der Finanzminister weiß nicht, woher er das Geld sonst nehmen soll und plant deshalb die völlige Streichung des Erziehungsgeldes. So wird Familien nicht geholfen.

Die rot-grüne Koalition kehrt jetzt offensichtlich zur bewährten Kombination aus Kindergeld und Kinderfreibetrag zurück, für deren Beibehaltung sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stets ausgesprochen hat. Die Regierung Schröder orientiert sich bei ihren Überlegungen zur Höhe der Freibeträge nun auch an den Beträgen, die von der Union als Untergrenze benannt worden sind. CDU und CSU werden auch in Zukunft darauf achten, daß die vom Bundesverfassungsgericht geforderten substantiellen Verbesserungen für Familien auch wirklich umgesetzt werden. ■

Sachsen will Spähangriff einführen

In Sachsen soll künftig nicht nur der Lausch-, sondern auch der Spähangriff erlaubt sein. Dies sieht die Novelle zum Polizeigesetz vor, die der Innenausschuß des Landtags mit den Stimmen der CDU-Mehrheit verabschiedet hat. Überraschend setzte die Mehrheitsfraktion durch, daß Videoüberwachungen künftig nicht nur an besonderen öffentlichen Plätzen möglich sind, sondern überall dort, wo Straftäter vermutet werden. Ein weiterer Eckpunkt des Gesetzes ist die Einführung der umstrittenen Schleierfahndung mit verdachtsunabhängigen Kontrollen.

Hermann Kues:

Sie sind auf dem Holzweg, Herr Riester! Kehren Sie um!

In der Debatte zum Bundeshaushalt 1999 erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues, zu Einzelplan 11 – Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

Herr Minister Riester, Sie haben vor einigen Monaten in einem Interview gesagt: „Die Realität frißt sich durch die Systeme der Sozialversicherung.“ Ich habe eher das Gefühl, die Realität frißt sich durch Ihre Regierungsarbeit.

Sie sind angetreten, um die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wieder herzustellen. Ich frage Sie:

- Ist es für Sie in Ordnung, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer die steuerlichen Konsequenzen Ihrer Gesetze überhaupt nicht mehr überblicken?
- Ist es für Sie in Ordnung, wenn junge Menschen an der Gründung einer beruflichen Existenz massiv behindert werden?
- Und: ist es für Sie in Ordnung, wenn die Menschen durch Ihre Gesetze scharenweise in die Schwarzarbeit getrieben werden?

Sie wollen den Menschen eine Ordnung aufzwingen, die nicht mehr zeitgemäß ist, und übersehen, daß Sie die Kreativität, die Eigenverantwortung und die Motivation der Menschen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, strangulieren und den Stillstand auf dem Arbeitsmarkt zementieren.

Sie sind angetreten, um Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Heute kann man nüchtern festhalten:

die Beschäftigung ist zurückgegangen, und die Arbeitslosigkeit ist größer geworden.

Seit ihrem Amtsantritt sind mehr als 360.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Ihrer Regierungszeit um mehr als 320.000 gestiegen – und das, obwohl Sie innerhalb kürzester Zeit den zweiten Arbeitsmarkt kräftig aufgebläht haben: Alleine der Bestand an Beschäftigten in beruflicher Weiterbildung, in AB-Maßnahmen und Strukturanpassungsmaßnahmen ist im Vergleich zum Vorjahr um fast 300.000 gestiegen.

Statistik bereinigt

Und mit Ihrem Programm für 100.000 arbeitslose Jugendliche wird die Statistik um weitere 50.000 Arbeitslose bereinigt.

Da muß man kein Hellseher sein, um zu sehen, wie Sie auch in Zukunft Ihre Erfolge auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen gedenken:

Mit mehr Geld und auf Kosten von Beitrags- und Steuerzahlern.

Dazu paßt ein Interview mit dem Stern, in dem Sie kürzlich bemerkt haben: „Noch nie hat eine Regierung die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik so massiv mit Geld unterstützt.“

Und genau hier fängt Ihr Problem an. Sie versuchen die Probleme auf dem Arbeitsmarkt – und das ist typisch für den Wohlfahrtsstaat – mit Geld zu lösen, Sie drücken sich an strukturellen Reformen vorbei.

- Für das große Heer der Ungelernten, also derjenigen, die den Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt nicht gewachsen sind, haben Sie keine Konzepte und keine Lösungen. Deren Sorgen und Nöte haben Sie überhaupt nicht im Blick.
 - Über eine Million offener Stellen, über vier Millionen Arbeitslose, da fühlt doch jeder, daß da etwas nicht stimmt. Die daraus resultierenden Herausforderungen werden Sie nie mit Geld alleine lösen können.
 - Mehr Geld für soziale Leistungen = mehr soziale Gerechtigkeit – diese Rechnung geht immer weniger auf.
 - Notwendig sind vielmehr Anreize, damit Arbeit sich lohnt und rechnet. Notwendig sind Anreize, um für sich selbst und für andere Verantwortung zu übernehmen.
- Ihre Politik ist ein Zurück zu alten Strukturen; es ist der Versuch, zu einer Arbeitsgesellschaft zurückzukehren, deren Leitbild der gewerkschaftlich organisierte Industriearbeiter ist, der einen gut bezahlten und sozial gesicherten Vollzeit Arbeitsplatz besitzt und am besten vom ersten Lehrjahr bis zur Rente bei der selben Firma und im selben Beruf arbeitet.

Unzählige Ausnahmen

Sie wissen genau: Diese Gesellschaft ist Geschichte, und Sie werden auch durch noch so viele Gesetze und Verordnungen nicht wieder zu dieser Gesellschaft zurückfinden. Am Ende wird nur ein Ergebnis erkennbar sein: Der deutsche Reglementierungsstaat ist um zahlreiche Vorschriften und unzählige Ausnahmen reicher.

Die entscheidenden sozialen Fragen stellen sich heute ganz anders:

- Wie kann man Menschen wieder Chancen auf Teilhabe und Lebensperspektiven geben?

- Wie kann man ihre Teilnahmekancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern?

- Wie kann man die wirtschaftliche Dynamik durch Innovation und Strukturwandel besser vorantreiben und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Effizienz besser zusammenbringen?

Aber die Beantwortung dieser Fragen scheint Sie nicht sonderlich zu interessieren. Auch bei der Lösung dieser Probleme betätigen Sie sich – übrigens gemeinsam mit Ihrer Fraktion – mehr als Bremsen denn als Heizer.

Seifenblasen geplatzt

Sie sind in diese Regierung eingetreten, mit dem Ruf eines Querdenkers und Modernisierers. Inzwischen sind Sie zum Reglementierer geworden. Die Neue Zürcher Zeitung bemerkt in der Ausgabe vom 5. Mai hierzu treffend: „So wurde der Gewerkschafter Riester zum Vertreter einer neuen Sozialpolitik stilisiert, obwohl er nur die überkommenen Rezepte vertritt. Die Seifenblasen des letzten Jahres sind inzwischen geplatzt.“

Die Art und Weise wie Sie die Proteste von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegen die 630 DM-Regelung und die Scheinselbständigkeit vom Tisch fegen, ist schon atemraubend. Das zeugt von Dickfelligkeit und grenzt an Starrsinn.

Aber Sie sind nicht an allem Unsinn schuld, der in dieser Regierung fabriziert wird. Wenn beispielsweise der Bundeskanzler – laut Berliner Zeitung vom 4. Mai – nach monatelangen Beratungen feststellt, daß man prüfen müsse, ob mit den Gesetzen, die er selbst zur Chefsache erklärt hat und an denen er maßgeblich mitgewirkt hat, nicht auch Menschen getroffen würden, die gar nicht gemeint waren, dann muß schon die Frage erlaubt sein, wer hier

was mit welchem Ziel auf welchen Weg bringt.

Und wenn jetzt Ausnahmen bei den 630-DM Jobs für Vereine und Zeitungsausträger gefordert werden, dann muß auch die Frage erlaubt sein, was denn der Unterschied zwischen demjenigen ist, der morgens die Zeitung austrägt, und demjenigen, der abends die Pizza ausfährt.

Taub für Proteste

Alle Proteste scheinen Ihnen egal zu sein: ob Kellner oder Haushaltshilfe, ob Zeitungsträger oder Pizza-Bote, ob Übungsleiter oder Totengräber: alle diese Proteste wollen Sie nicht zur Kenntnis nehmen.

Ich fordere Sie auf: Nehmen Sie die Gesetze zurück, bevor Sie scharenweise Menschen in die Schwarzarbeit treiben!

Schwarzarbeit – nicht Nachbarschaftshilfe, Herr Minister Funke.

Ihr Ziel, den Mißbrauch bei den 630 DM-Jobs zu bekämpfen, haben Sie völlig aus den Augen verloren. Darum ist es Ihnen in Wirklichkeit auch nicht gegangen. Sie brauchen schlichtweg Geld für die Krankenversicherung und die Rentenversicherung, weil Sie jede Menge Wahlgeschenke verteilt haben, deren Finanzierung Sie heute sicherstellen müssen:

- die Zuzahlungen für Arzneimittel,
- das Krankenhausnotopfer,
- die Rücknahme des demographischen Faktors,
- die Lohnfortzahlung.

Für all das brauchen Sie jetzt Geld, und Sie ziehen es den kleinen Leuten aus der Tasche.

Im Mittelpunkt Ihrer Politik steht nicht die Schaffung von Arbeitsplätzen und auch nicht die Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Im Mittelpunkt Ihrer Politik steht der Versuch, die Menschen vor allem zu bewahren, was auch nur im entferntesten als Beschwerlichkeit oder Zumutung empfunden werden könnte, was mehr Eigenverantwortung und mehr Selbständigkeit erfordern würde.

Sie haben allen Menschen nach dem Munde geredet, ohne ihnen die Kosten deutlich zu machen. Jetzt präsentieren Sie ihnen die Rechnung. Und die trifft vor allem den kleinen Mann.

Ihre Politik ist im Ergebnis ungerecht und unsozial.

Was hat es ein Theater gegeben, als darüber diskutiert wurde, die steuerlichen Anreize für Nacht- und Schichtarbeit im Gegenzug zu einer deutlichen Nettoentlastung der unteren Einkommensschichten zurückzunehmen. Das war Ihrer Meinung nach unsozial.

Berechtigter Ärger

Aber der kleine Malocher, der abends kellnern geht, um ein paar Mark für sich und seine Familie dazu zu verdienen, der soll plötzlich 200,- bis 300,- DM zusätzlich bezahlen. Da dürfen Sie sich über den berechtigten Ärger nicht wundern.

Ich fordere Sie noch einmal auf: Nehmen Sie Ihre Gesetze zurück, und erarbeiten Sie gemeinsam mit uns und den Betroffenen eine zweckmäßige und einfache Lösung im Rahmen eines Gesamtkonzeptes für den Niedriglohnsektor.

Beim Bündnis für Arbeit sind Sie keinen einzigen Schritt voran gekommen. Bislang hat es kein konkretes Ergebnis gegeben, abgesehen von der veränderten Anrechnung von Abfindungen.

Statt nun aber auf tiefgreifende und strukturelle Veränderungen zu dringen und

Studie: Mittelstand ist Deutschlands Jobmaschine

Der Mittelstand ist Deutschlands Jobmaschine. Das belegt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Danach gingen von März 1996 bis März 1998 zwar knapp 376.000 Arbeitsplätze verloren.

Hinter diesem Saldo steckten jedoch zwei grundverschiedene Trends: Während die großen Unternehmen mit mindestens 500 Beschäftigten rund 422.000 Jobs abgebaut haben, konnten die mittelständischen Betriebe mit höchstens 499 Mitarbeitern unter dem Strich mehr als 46.000 neue Arbeitsplätze schaffen.

Allerdings gibt es der Untersuchung zufolge von diesen gesamtdeutschen Zahlen je nach Region und Wirtschaftszweig erhebliche Abweichungen. So schufen die westdeutschen Mittelständler fast 92.000 Stellen und glichen damit den Verlust von knapp 275.000 Arbeitsplätzen in den Großunternehmen genau zu einem Drittel aus.

In Ostdeutschland dagegen bauten Betriebe rund 45.000 Stellen ab und waren damit aber nur für knapp ein Viertel der 192.000 Jobverluste in den neuen Ländern verantwortlich.

mehr Solidarität mit denjenigen einzufordern, die keine Arbeit haben, droht das Bündnis für Arbeit – unter Ihrer Mithilfe – zu einem Bündnis der Besitzstände zu verkommen.

Den einzigen „Erfolg“, den Sie nun schon seit Monaten feiern, ist das Programm für 100.000 arbeitslose Jugendliche. 75.000 Jugendliche seien bereits in Arbeit vermittelt worden. Aber der Schein trügt. Wer hinter die Kulissen schaut, wird sehr schnell merken, daß das Programm nichts Neues bietet, daß die Maßnahmen mit Neuem Nadel gestrickt sind und daß die Jugendlichen nicht in Arbeit und Ausbildung vermittelt werden, sondern in fragwürdigen Trainingsmaßnahmen geparkt werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt alle Versuche, arbeitslose Jugendliche von der Straße zu holen, aber von 2 Mrd. DM sollte man schon – auch im Interesse der Beitragszahler – mehr erwarten dürfen als Kurse zum Klettern und Gleitschirmfliegen.

Letztlich werden Sie aber auch mit diesem Programm nur arbeitsmarktpolitische

Strohfeuer entfachen, die keine nachhaltigen Effekte für die Jugendlichen zeitigen werden. Auch hier wird sich zeigen, daß man mit Geld alleine die anstehenden Probleme nicht lösen wird.

Falsche Richtung

Bundeskanzler Schröder hat in seiner Erklärung zum 1. Mai dargelegt, daß er „die Voraussetzungen für mehr Arbeitsplätze schaffen und die sozialen Sicherungssysteme für die Zukunft wetterfest machen“ will. Ich habe den Eindruck, Herr Riester, daß Sie Gefahr laufen, dabei letztlich im Regen zu stehen.

Die Bilanz der Regierung Schröder auf dem Arbeitsmarkt ist verheerend. Und das ist nicht das Ergebnis von einigen handwerklichen Fehlern, die sich in der Hektik der ersten Regierungsmonate eingeschlichen haben – die ganze Richtung stimmt nicht.

Sie sind auf dem Holzweg, Herr Riester. Geben Sie sich selbst eine zweite Chance. Kehren Sie um!

Friedrich Merz:

Grundlegende Kurskorrektur ist notwendig

Der neue Bundesfinanzminister macht es mit seinem ersten Auftritt in neuer Funktion vor dem Deutschen Bundestag außerordentlich spannend. Da ich noch vor Ihnen spreche, habe ich die Gelegenheit, Ihnen drei Fragen zu stellen, Fragen, die nach meiner Auffassung für die weitere Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik von zentraler Bedeutung sind.

Erstens. Wir wüßten gerne, wie das angebliche strukturelle Defizit von 30 Mrd. DM zustande gekommen ist.

Zweitens. Herr Eichel, wir hätten gerne eine klare Aussage dazu, was Sie im Hinblick auf die Mehrwertsteuer zu tun gedenken. Es gibt Äußerungen von Ihnen, nach denen eine Mehrwertsteuererhöhung im Zuge der europäischen Entwicklung auf Deutschland zwangsläufig zukommt. Ich will zur Klarstellung sagen: Es gibt keinen europäischen Automatismus. Wenn es in der Europäischen Gemeinschaft eine Anpassung der Mehrwertsteuersätze geben soll, dann muß das einstimmig beschlossen werden, also auch mit der Stimme der Bundesrepublik Deutschland. Weil Sie jetzt gerade als Präsident des Ecofin-Rates eine gewichtige Stimme haben, wäre es an der Zeit, daß Sie dazu eine klare Aussage machen.

Drittens. Herr Finanzminister, wir hätten gern eine verbindliche Aussage darüber, wie Sie die Entwicklung der Staatsquote in Deutschland in den nächsten Jahren beurteilen und welche Zielgröße Sie in Ihrer Amtsperiode zu erreichen beabsichtigen. Dies alles ist für die wirtschaftliche Entwicklung von unverzichtbarer Bedeutung.

Sie, Herr Eichel, treten Ihr Amt in einer Zeit an, in der wir bedauerlicherweise feststellen müssen, daß wir es mit einem geradezu dramatischen Abbruch der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland zu tun haben. Wir haben Wirtschaftswachstumserwartungen für das Jahr 1999, die mittlerweile am Ende der Skala aller Teilnehmerstaaten des Euro angekommen sind. Wir hatten im Jahr 1998 ein wirtschaftliches Wachstum in Deutschland

Bei der Mehrwertsteuer gibt es keinen europäischen Automatismus. Eine Erhöhung muß einstimmig beschlossen werden.

von 2,8 Prozent. Das war exakt doppelt soviel, wie das Land Italien hatte, das 1998 Schlußlicht war. In diesem Jahr sind wir nach den Vorhersagen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute zusammen mit Italien mit 1,7 Prozent das Schlußlicht der Eurostaaten. Das ist die traurige Bilanz der ersten sechs Monate rot-grüner Bundesregierung. Diese hat ihre Ursachen nicht in den jüngsten krisenhaften Entwicklungen in Lateinamerika und Asien, sondern ist wesentlich auf die hausgemachten Probleme in Deutschland zurückzuführen.

Eines aber werden Sie nicht schaffen. Sie werden nicht über die Erhöhung der volkswirtschaftlichen Steuerquote – Stichwort: Ökosteuer – und einer reinen Umfinanzierung zugunsten der sozialen Sicherungs-

Sprachlose Bundesregierung bei Strompreisangleichung Ost

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Luther, und der Berichterstatter für Energiefragen, Kurt-Dieter Grill, haben eine Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage zum Konzept der Angleichung der Strompreise im Osten an die im Westen angemahnt:

Die Bundesregierung hat die parlamentarischen Spielregeln immer noch nicht gelernt. Die Frist zur Beantwortung der Kleinen Anfrage der CDU/CSU zur Angleichung der Strompreise Ost an die im Westen ist

bereits um Wochen überschritten. Die CDU hatte mit der Kleinen Anfrage die Bundesregierung aufgefordert, ihr Konzept für die Angleichung der Strompreise offenzulegen.

Eine Antwort der Bundesregierung liegt trotz Ablauf der Fristen nicht vor. In einer der wichtigen Fragen der Chancen für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik im Osten herrscht bei der Bundesregierung Sprachlosigkeit im krassen Gegensatz zur großartigen Ankündigung im Koalitionsvertrag von Mitgliedern der Bundesregierung, man werde diese Angleichung konsequent umsetzen.

systeme eine Lösung für das Problem finden, das wir wegen einer zu hohen Abgabenbelastung in Deutschland haben. Sie werden am Ende dieses Jahres größte Probleme haben, die Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen auch nur stabil zu halten. Wahrscheinlich stehen Sie am Ende des Jahres 1999 vor der Notwendigkeit, die Beiträge für die sozialen Sicherungssysteme erneut zu erhöhen. Damit wird sich nicht nur die Steuerquote, sondern auch die Abgabenquote erhöhen. Die Kapitalrentabilität wird zurückgehen, und es wird weniger Beschäftigung geben.

Genug Spielraum

Das ist der Auftrag, den Sie, Herr Eichel, von den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten vorgeschlagen, für Ihre Steuer- und Finanzpolitik haben: Eine deutliche Entlastung, ohne die Gegenfinanzierung durch höhere Steuern an anderer Stelle zu suchen. Ich sage Ihnen, daß

dazu auf Grund der Steuereinnahmen ein politischer Spielraum besteht. Deshalb bleiben wir dabei, daß es notwendig ist, daß in Deutschland eine Steuerreform mit Nettoentlastung erforderlich ist.

Sie sind in einer schwierigen gesamtwirtschaftlichen und auch in einer schwierigen gesamtpolitische Lage als neuer Bundesfinanzminister angetreten. Wenn Sie aus dem Schatten Ihres Vorgängers heraustreten wollen, dann werden Sie – beginnend mit dem heutigen Tag – eine grundlegende Kurskorrektur in der Finanz- und Wirtschaftspolitik gegen die Bewahrer und Traditionalisten in Ihren eigenen Reihen – ein maßgeblicher Repräsentant dieser Traditionalisten hat eben hier gesprochen – einleiten müssen. Wenn Sie das nicht tun, stolpern Sie mit Ihrer rot-grünen Koalition weiterhin in die Arbeitslosigkeit und sorgen für weniger Beschäftigung und höhere Staatsausgaben. Dann werden Sie keine Chance haben, die Probleme unseres Landes zu lösen. ■

Erwartungen an Bildungs- und Forschungsetat 1999 nicht erfüllt

Zum Haushalt 1999 für Bildung und Forschung erklärte der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Gerhard Friedrich:

Der Etat 1999 für Bildung und Forschung erfüllt bei weitem nicht die Erwartungen, die die Bundesregierung mit ihren großzügigen Wahlkampfversprechen im letzten Jahr geschürt hat. Die angekündigte Verdopplung der Investitionen in Bildung und Forschung innerhalb von fünf Jahren hat sich im Jahr 1999 von zu erwartenden drei Milliarden DM pro Jahr auf 900 Mio. DM reduziert. Dieser Betrag ist in den Haushaltsberatungen nochmals um rund 70 Mio. DM gekürzt worden. Hätte die Koalition den Bildungs- und Forschungsetat ohne voreilige Zusagen und Ankündigungen vorgelegt, hätten wir eine Anerkennung – abgesehen von Details – nicht verweigern können. Schließlich werden viele, vom früheren Bildungs- und Forschungsminister Jürgen Rüttgers begonnenen Vorhaben fortgesetzt, weil sie einfach richtig sind!

Besonders erfreulich ist es, daß die Bundesregierung die Bio- und Gentechnikforschung stärken will, um die wirtschaftlichen Chancen dieser Schlüsseltechnologie mehr als bisher für gesellschaftliche und ökologische Lösungen zu nutzen. Frau Ministerin Bulmahn sieht die Notwendigkeit für einen rationalen Diskurs über den möglichen Nutzen der grünen Gentechnik. Wir können dies nur unterstreichen und hoffen, daß ihr grüner Koalitionspartner diesen Kurswechsel mitmacht!

Es ist schon erstaunlich, wie still sich die Grünen bei der parlamentarischen Beratung des Haushaltes 1999 verhalten haben.

Im Vorjahr wollten sie noch die Mittel für den Forschungsreaktor München II (FRM II) um 27 Mio. DM, für den Transrapid um 80 Mio. DM, für die Sicherheitsforschung kerntechnischer Anlagen um 60 Mio. DM, für die Fusionsforschung um 40 Mio. DM und für die Raumfahrt um 250 Mio. DM kürzen. Der Bau eines militärischen Aufklärungssatellitensystems wurde strikt abgelehnt. Heute wird von maßgeblichen Politikern der SPD kritisiert, daß wir mit Blick auf das Drama im Kosovo keine hinreichende Aufklärungskapazität haben!

Die vorgenannten, beispielhaften Kürzungsvorschläge im Haushalt 1998 entsprechen den bekannten politischen Zielen der Grünen. Daß davon nun im Haushalt 1999 gar nichts mehr übrig geblieben ist, beweist bei den Grünen einen erstaunlichen Lernprozeß.

Leider ist die Bundesregierung den Änderungsanträgen der CDU/CSU zum Haushalt 1999 nicht gefolgt. Wir wollten unter anderem die angewandte Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen stärken und zu diesem Zweck den entsprechenden Titel von 17,5 Mio. DM auf 20 Mio. DM aufstocken. Statt dessen kürzt die Bundesregierung um 3 Mio. DM, obwohl das Programm, das insbesondere auch von den Fachhochschulen aus den neuen Bundesländern in Anspruch genommen wird, hoffnungslos überbucht ist. Dies ist eine glatte Fehlentscheidung, da wir durch eine Stärkung der Fachhochschulen zu einer Entlastung der Universitäten beitragen müssen. Die Förderung des hochqualifizierten, promovierten wissenschaftlichen Nachwuchses wurde von 30 Mio. DM um 4 Mio. DM auf 26 Mio. DM gekürzt. Ver-

Die Waldbesitzer haben schon immer generationenübergreifend gehandelt

Zur Diskussion über die Zertifizierung von Holz erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr:

Die Besitzer von Wald haben schon immer generationenübergreifend ihre Wälder nachhaltig und naturnah bewirtschaftet, deshalb kann ich die Diskussion um die Zertifizierung von Holz, die in der jüngeren Vergangenheit immer mehr ideologische Ziele annahm, nicht nachvollziehen. Von bestimmter Seite wurde der Eindruck erweckt, daß die Nachhaltigkeit der Bewirtschaftung der Wälder Deutschlands nur anhand des „Forest Stewardship Council“ (FSC) garantiert werden könnte. Die Leute verkennen aber, daß damit Eulen nach Athen getragen werden, denn der deutsche Wald wird schon seit vielen Generationen schon so bewirtschaftet, wie der FSC es verlangt.

Wenn also Holz aus deutschen Wäldern zertifiziert werden soll, kann dies nur den Sinn haben, die Nachhaltigkeit des Wirtschaftens zu dokumentieren. Mit dem FSC-Zeichen würde aber den Waldbesitzern eine Zertifizierung aufgezwängt, die aufgrund der damit verbundenen Bürokratie hohe Kosten

verursacht. Dies wäre anhand der ohnehin schon schwierigen wirtschaftlichen Lage der Waldbesitzer kontraproduktiv. Die weitere nachhaltige Waldbewirtschaftung wäre damit eher gefährdet.

Ich begrüße und unterstütze deshalb ausdrücklich die Initiative der privaten Waldbesitzer, des Holzhandels und der Forstindustrie aus 17 europäischen Staaten, die Paneuropäische Forstzertifizierung (PEFC) einzuführen. Damit ist gewährleistet, daß:

- kein Waldbesitzer aufgrund seiner Waldbesitzgröße diskriminiert werden darf,
- ein kostengünstiges Zertifizierungssystem geschaffen wird und
- das System transparent ist sowie von unabhängiger Stelle kontrolliert wird.

Diejenigen, die dennoch meinen, der deutschen Forstwirtschaft ein internationales Zertifikat aufzwingen zu müssen, sollten sich vergegenwärtigen, daß die herrlichen Waldlandschaften bei uns in Deutschland dank der Arbeit unserer Waldbesitzer und ohne den Zwang eines solchen Siegels geschaffen worden sind und gepflegt werden.

birgt sich dahinter doch eine heimliche Ablehnung von akademischen Leistungen? Die Kürzungen im Raumfahrtbereich tragen nicht zur Stärkung der Position Deutschlands als verlässlicher Partner in der europäischen Raumfahrt bei.

Forschung und Innovation brauchen einen langen Atem, brauchen eine verlässliche

Finanzplanung. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in der mittelfristigen Finanzplanung den Bildungs- und Forschungsetat, wie versprochen, deutlicher zu steigern als 1999. Der Haushaltsentwurf 2000, der schon in wenigen Wochen vorzulegen ist, wird die wahre Nagelprobe sein. ■

Jürgen Rüttgers:

Ausländische Mitbürger Opfer rot-grüner Koalitionsräson

In der Debatte zur Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts am 7. Mai erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers:

I. Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ist von grundlegender Bedeutung für unser politisches Gemeinwesen. Sie kann deshalb nicht mit heißer Nadel gestrickt und dann durchs Parlament gejagt werden. Genau das aber soll hier und heute versucht werden.

Rot-Grün will das Thema vom Tisch haben. Verständlich, nachdem unsere Unterschriftenaktion und die Hessenwahl gezeigt haben, wie weit die Vorstellungen von Rot-Grün und die Vorstellungen der großen Mehrheit unserer Bevölkerung auseinanderklaffen. Fünf Millionen Unterschriften sind der Beweis.

Die Mehrheit unserer Bürger – auch die Mehrheit in Ihren Reihen – will keine regelmäßige doppelte Staatsangehörigkeit. Genau dahin führt aber das Optionsmodell – jedenfalls so, wie Sie es ausgestaltet haben. Nicht so offen wie in den Gesetzentwürfen Schily I und II, aber jedenfalls durch die Hintertür. Und diejenigen, die den Doppelpaß jetzt noch nicht bekommen, die können beruhigt sein. Rot-Grün haben ja angekündigt, daß dieses Gesetz nur der erste Schritt, nur der Einstieg sei – in was? Doch wohl in die regelmäßige doppelte Staatsangehörigkeit.

Wir lehnen Ihren Gesetzentwurf ab. Er ist, verfassungsrechtlich bedenklich, integrationspolitisch unausgegoren und mit unver-

trebarem Verwaltungsaufwand verbunden. Er wirft nur Fragen auf, löst aber kein einziges Problem.

Der rot-grüne Gesetzentwurf ist Stückwerk

Überwiegender Eindruck und fast allgemeines Urteil der Sachverständigen in der Anhörung des Innenausschusses war: Der Gesetzentwurf ist Stückwerk. Er ist unausgereift. Er ist nachbesserungsbedürftig. Er ist in sich widersprüchlich. Es fehlt die Abstimmung mit anderen Gesetzen. Es fehlt ein Gesamtkonzept für ein neues Staatsangehörigkeitsrecht. Es fehlt vor allem auch ein übergreifendes Integrationskonzept.

Klar war in der Anhörung eigentlich nur:

- 1.** Das Gesetz führt zu einem riesigen Verwaltungsaufwand – darauf haben die Städte und Gemeinden eindringlich hingewiesen.
- 2.** Und klar war auch: der Gesetzentwurf wird im weiteren zu einer Unzahl von Gerichtsverfahren führen. Und:
- 3.** Namhafte Staatsrechtslehrer haben in der Anhörung Ihrem Gesetzentwurf eindeutige Verfassungswidrigkeit attestiert.

II. Das parlamentarische Verfahren stand unter dem Motto: Augen zu und durch. Nicht Argumente haben die politisch-parlamentarische Debatte über das neue Staatsangehörigkeitsrecht bestimmt, sondern Parteipolitik. Die Schröder-Regierung hat – im Hochgefühl und in der Arro-

ganz der neuen Macht – einer ernsthaften Suche nach einer Konsenslösung von Anfang an keine Chance und keinen Raum gegeben.

Dabei mußte oder müßte man doch eigentlich wissen, daß sich gerade das Staatsangehörigkeitsrecht wenig dazu eignet, demonstrativ – und auch provokativ – das Recht der Mehrheit zu exekutieren.

Alles wurde und wird rot-grüner Koalitionsräson untergeordnet. Das wichtigste Ziel ist, den Parteitag der Grünen zu überstehen. Hier soll Vollzug wenigstens in Sachen Staatsangehörigkeit gemeldet werden können. Für die SPD heißt das, Zähne zusammenbeißen. Das Gesetzesvorhaben muß durch; besser noch: es muß vom Tisch. So schnell wie möglich, egal zu welchem Preis. Für vernünftige Beratungen – vielleicht sogar für die Chance eines parteiübergreifenden Konsenses – wird keine Zeit gelassen.

Rot-Grün ignoriert Mahnungen zu Sorgfalt und Konsens. Stimmen in Ihren Reihen, die zu etwas mehr Behutsamkeit, zu etwas mehr Sorgfalt und Konsens mahnen, verhallen ungehört. Bremens Senatspräsident Scherf und sein Stellvertreter Perschau haben erst jüngst für eine Neuregelung geworben, die „möglichst von einem breiten Konsens in Politik und Gesellschaft getragen wird, um durch hohe Akzeptanz optimale Wirkungen zu erreichen“.

Auch die Kirchen haben immer wieder und eindringlich dafür geworben, daß die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom Gesetzgeber in einem „breiten Konsens“ bewältigt werde, wobei ein Konsens gemeint sei, der – ich zitiere – „über die jetzt vorliegenden unterschiedlichen Gesetzentwürfe eine Brücke schlägt“.

Aber an solchen Brücken besteht kein Interesse. Wichtig ist allein der Parteitag der Grünen am 13. Mai. Dann muß das Gesetz verabschiedet sein. Dem wird alles andere untergeordnet.

III. Was uns hier heute zur abschließenden Abstimmung vorgelegt wird, ist Flickwerk. Die vielen jetzt hastig zusammengeschusterten Änderungsanträge bestätigen und verstärken nur diesen Eindruck. Das Staatsangehörigkeitsrecht wird noch unübersichtlicher, als es dies bisher schon ist. Die Rechtszersplitterung ist schon schlimm genug. Noch schlimmer aber ist, daß Sie sehenden Auges vielfältige Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten in Kauf nehmen.

Was wir wirklich brauchen, ist eine Gesamtreform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts. Dazu haben Sie nicht die Kraft, dazu fehlt Ihnen die Disziplin. Unser Gesetzentwurf ist eine solche Gesamtreform. Wir haben auch insoweit das bessere Konzept.

Und auch das ist von den Sachverständigen in der Anhörung immer wieder betont worden: Integration findet nicht nur und schon gar nicht entscheidend durch den Paß statt. Die Staatsangehörigkeit kann die Integration der hier rechtmäßig und auf Dauer lebenden Ausländer nicht ersetzen. Sie kann sie allenfalls ergänzen.

Und das kann nur heißen: Jede Regelung des Staatsangehörigkeitsrechts muß in ein übergreifendes Integrationskonzept eingebettet sein. Dazu findet sich bei Ihnen nichts. Dazu tragen Sie nichts bei.

IV. Wir – die CDU/CSU-Bundestagsfraktion – sind stolz darauf, daß wir – als bisher einzige politisch-parlamentarische Kraft in Deutschland – ein solches Konzept erarbeitet haben. Es liegt Ihnen in unserem Antrag „Integration und Toleranz“ vor. Wir haben für unser Integrationskonzept viel Zustimmung erfahren. Ausländerbeiräte haben geschrieben. Ausländerorganisationen treten in den Dialog darüber ein.

Die EKD schreibt: „In vielen Bereichen finde ich eine Übereinstimmung mit dem,

was die Kirchen in ihrem Gemeinsamen Wort '... und der Fremdling, der in deinen Toren ist' geäußert haben."

Von Gewerkschaftsseite heißt es: „Integration bedeutet dabei für uns als Gewerkschaften nicht die Aufgabe der ethnischen, kulturellen und religiösen Identität. Wir begrüßen es, daß die CDU/CSU dies genauso sieht.“

Wir stellen unser Integrationskonzept hier als eigenen Antrag zur Abstimmung. SPD und Grüne empfehlen mit ihrer Mehrheit die Ablehnung unseres Konzepts „Integration und Toleranz“. Wissen Sie eigentlich was Sie da ablehnen? Ich werde es Ihnen sagen. Wenn Sie gegen den Antrag „Integration und Toleranz“ stimmen, lehnen Sie ab die Forderungen

- nach Ausweitung der Sprachförderung für Ausländer;
- nach Förderung ausländischer Kinder in Kindergärten und in der Vorschulzeit;
- nach schulbegleitenden Sprachkursen für ausländische Mütter;
- nach berufsvorbereitenden Maßnahmen für ausländische Jugendliche;
- nach Förderung ausländischer Existenzgründungen in Deutschland;
- nach Mobilisierung des ausländischen Mittelstands für die Lehrlingsausbildung;
- nach Einstellung von Polizeibeamten ausländischer Herkunft;
- nach einer verstärkten Aufnahme von Mitbürgern ausländischer Herkunft in die demokratischen Parteien und Berücksichtigung bei den Wahlvorschlägen der Parteien;
- nach Herstellung der Voraussetzungen für einen islamischen Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen, der der staatlichen Schulaufsicht unterliegt;
- nach einer Berücksichtigung des ausländischen Bevölkerungsanteils in den Sendungen der Rundfunkanstalten.

Wie rechtfertigen Sie diese Ablehnung? Welche anderen Gründe könnte es dafür geben als das reine parteipolitische Kalkül? Ist das der Bedeutung der Sache angemessen?

Die Integration der dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist unzweifelhaft für die Zukunft und den inneren Frieden unseres Landes von großer Bedeutung. Wir haben im Deutschen Bundestag ein Angebot zur Debatte über diese zentrale Frage unseres Landes unterbreitet. Wenn hier heute auch das Konzept „Integration und Toleranz“ ohne sachliche Erörterung niedergestimmt wird, dann bestätigt sich unser Anfangsverdacht: Ihnen geht es nicht um Integration, sondern um die leichtest mögliche Erledigung dieses Themas.

Dringender Appell

Ein Federstrich im Gesetzblatt ist natürlich leichter, als sich auf eine notwendigerweise mühsame und langfristige Integrationspolitik einzulassen. Ich appelliere hier an jeden Abgeordneten der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: Stimmen Sie für den Antrag „Integration und Toleranz“! Ich appelliere hier an jeden Abgeordneten der Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen: Stimmen Sie für den Antrag „Integration und Toleranz“!

Und ich appelliere hier vor allem an jeden Abgeordneten der Fraktion der Freien Demokratischen Partei: Nehmen Sie noch einmal den Dritten Bericht der Ausländerbeauftragten, Ihrer Parteifreundin Schmalz-Jakobsen, zur Hand und vergleichen Sie die dortigen Forderungen mit unserem Konzept. Und stimmen Sie danach für den Antrag für Integration und Toleranz!

Machen Sie unsere ausländischen Mitbürger nicht zum Opfer ihres parteipolitischen Kalküls.

Erwin Marschewski:

Vermehrte Einbürgerung führt zu erhöhtem Ausländerzuzug

Ursprüngliche Absicht der rot-grünen Koalition war die Einbürgerung der meisten Ausländer in Deutschland unter genereller Hinnahme von Mehrstaatigkeit. Dies haben CDU und CSU durch ihre Unterschriftenaktion verhindert.

Mit dieser Aktion ist es der Union gelungen, deutlich zu machen, daß der Doppelpaß nicht die Integration der in Deutschland lebenden Ausländer fördert. Warum auch sollte sich jemand besonders um seine Eingliederung bemühen, der ohnehin bereits den deutschen Paß besitzt? Vielmehr führt Doppelstaatigkeit zu Rechtsproblemen (Welches staatliche Recht findet Anwendung? Was passiert bei divergierenden Entscheidungen von Gerichten in unterschiedlichen Staaten?).

Außerdem führt die vermehrte Einbürgerung zu erhöhtem Ausländerzuzug. Damit überfordert er die Integrationsmöglichkeiten in Deutschland. Auch kann ein 'ausländischer' Straftäter mit deutschem Paß nicht ausgewiesen werden. Statt Doppelstaatigkeit wünscht sich die Union von den auf Dauer in Deutschland lebenden Ausländern deren volle Identifizierung mit ihrer neuen Heimat, nicht halbe Loyalität, nicht halbe Integration, nicht halbe Identität.

Auch die aufgrund des Erfolgs unserer Unterschriftenaktion reduzierten Pläne von SPD, GRÜNEN und FDP führen zu einer Zunahme von Mehrstaatigkeit.

Zwar verbleibt es danach scheinbar beim Prinzip der Einbürgerung nur nach Aufgabe der alten Staatsangehörigkeit. Aber hiervon werden so viele Ausnahmen zugelassen, daß im Ergebnis Mehrstaatigkeit durch die Hintertür doch generell zugelassen wird.

Zudem ist inakzeptabel, daß die erweiterten Möglichkeiten zur Einbürgerung von dem Ausländer keine erkennbare Einordnung in unsere Lebensverhältnisse verlangen, insbesondere keine deutschen Sprachkenntnisse geprüft werden sollen.

Auch ist es integrationspolitisch falsch, daß Kinder – ohne daß ihre Eltern gefragt werden – zunächst vom Amt wegen deutsch werden sollen, mit Volljährigkeit aber entscheiden sollen, ob sie Ausländer oder Deutscher bleiben wollen.

Diese Kinder bekommen eine familiäre Zeitbombe unters Bett gelegt. Von ihrer Staatsbürgerschaft haben sie nichts außer der Erwartung, daß es mit 23 so oder so knallt!

Generell doppelte Staatsbürgerschaft für Ausländerkinder löst mithin keine Probleme, sondern schafft neue! Deswegen haben wir eine Alternative vorgeschlagen: die Einbürgerungszusicherung. Kinder von Ausländern sollen alle Rechte wie Deutsche mit Ausnahme des Doppelpasses bekommen und dann bei Volljährigkeit entscheiden, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit oder die ihrer Eltern haben wollen. Damit geben wir einen Integrationsanreiz.

Die Reform des Staatsangehörigkeitsrecht haben wir zudem durch ein Integrationskonzept abgerundet, das insbesondere Eingliederungs- und Sprachkurse für Ausländer vorsieht. Das aber haben die anderen Fraktionen abgelehnt, obwohl offensichtlich ist, daß Integration nicht durch Vergabe eines zweiten Passes, sondern nur durch eine Vielzahl von Eingliederungshilfen im praktischen Leben erfolgen kann. ■

Rollende Bürgersprechstunde der Bremer CDU



Canvassing einmal anders – das praktizierte jetzt die CDU-Bürgerschaftsfraktion Bremen, „Mitfahren – Mitreden“ lautete das Motto. Sie hatte sich einen Tag einen Sonderzug der Straßenbahn gemietet und fuhr auf den verschiedenen Strecken fast das gesamte Straßenbahnnetz in Bremen ab. An den Haltestellen luden die CDU-Abgeordneten die Passanten zum kostenlosen Mitfahren ein. Die Fahrt nutzten die Bürger zum Gespräch mit den Politikern. Die Bürger wurden zuvor durch Plakate, Flugblätter und Zeitungsanzeigen auf die Aktion aufmerksam gemacht. Fraktionschef Ronald-Mike Neumeyer zog ein erfreuliches Fazit: „Die Rollende Bürgersprechstunde ist gut angekommen. Die Menschen haben gemerkt, daß wir auf sie zugehen, zu ihnen kommen und nicht darauf warten, daß sie zu uns kommen. Mit dieser Aktion haben wir deutlich Bürgernähe gezeigt. Wir wollten die Menschen abholen und locker mit ihnen ins Gespräch kommen. Das ist uns voll gelungen. Die große Resonanz hat gezeigt, daß diese Form des Canvassings bei den Menschen gut angekommen ist.“

Vorbildliche Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik des Landes Baden-Württemberg

Nach einem Gespräch der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Beauftragten des Landes Baden-Württemberg für Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Kriegsgeschädigte und Bevollmächtigten des Landes Baden-Württemberg beim Bund, Staatssekretär Willi Stächele, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Peter Paziorek:

Das Land Baden-Württemberg betreibt im Ländervergleich eine vorbildliche Politik für Vertriebene und Aussiedler. Hervorzuheben sind die erheblichen Gesamtaufgaben des Landes Baden-Württemberg für die Aufnahme, vorläufige Unterbringung, Betreuung und Eingliederung für Aussiedler, die trotz rückläufiger Zugangsentwicklung im Jahre 1998 105,3 Millionen DM betragen haben. In dieser Größenordnung werden auch 1999 Mittel bereitgestellt. Ferner wendet Baden-Württemberg jährlich rd. 8,35 Millionen DM für die Förderung der deutschen Kultur des Ostens auf. In nur wenigen anderen Bundesländern besitzt die Pflege dieses Bereiches einen derartigen Stellenwert.

Staatssekretär Stächele betonte in dem Gespräch, daß das Land Baden-Württemberg sich nicht zuletzt aufgrund der 1950 in Bad Cannstadt bei Stuttgart verabschiedeten Charta der deutschen Heimatvertriebenen gegenüber den Vertriebenen und Flüchtlingen verpflichtet wisse. Zu loben sei die gute und freundschaftliche Zusammenarbeit, die sich innerhalb kurzer Zeit

zwischen dem neuen Landesbeauftragten für Vertriebene und der Gruppe der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion entwickelt habe. Staatssekretär Stächele äußerte den Wunsch, den engen Schluß in den kommenden Monaten und Jahren auch in Berlin fortzuführen.

Auch weiterhin Unterstellung des Kriegsfolgeschicksals

Bei der Aussiedleraufnahme achtet das Land Baden-Württemberg vor allem auf wirkungsvolle Maßnahmen für die Integration insbesondere junger Spätaussiedler. Einig waren sich die Gesprächspartner darin, daß weiterhin für die deutschen Spätaussiedler aus Rußland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion das Kriegsfolgeschicksal unterstellt werden muß. In den Herkunftsgebieten ist es weiterhin erforderlich, flächendeckende Sprachkurse anzubieten. Nach erfolgter Aufnahme in Deutschland muß die Integration durch kommunale Kriminalprävention, Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, koordinierte Maßnahmen auf örtlicher Ebene sowie eine Bündelung der Anstrengungen von Behörden, Schulen, Sprachkursträgern und Sozialbetreuern gestärkt werden. In Baden-Württemberg erhalten die Stadt- und Landkreise jährlich 2,56 Millionen DM für die Betreuung jugendlicher Spätaussiedler, wenn keine vom Bund finanzierte hauptamtliche Jugendbetreuerstelle vorhanden ist. ■

Paul Breuer:

Regierung zögert mit Rücksicht auf Vorbehalte in den eigenen Reihen

In der Debatte zur deutschen Beteiligung an der humanitären Hilfe im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

Die CDU/CSU Bundestagsfraktion unterstützt den Antrag der Bundesregierung über die „Deutsche Beteiligung an der humanitären Hilfe im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt“.

Unabweisbar sind die betroffenen Anrainerstaaten des Kosovo, Albanien und Mazedonien, sowie die internationalen Flüchtlingsorganisationen trotz intensivster Bemühungen objektiv überfordert, dem Flüchtlingseleid auch bei finanzieller internationaler Hilfe Herr zu werden. Deshalb hat die NATO in Abstimmung mit UNHCR mit den Anrainerstaaten ein Unterstützungsprogramm unter dem Namen „Allied Harbour“ ausgearbeitet.

Führen wir uns die Zahlen doch noch einmal vor Augen: fast 400.000 Vertriebene und Flüchtlinge befinden sich in Albanien, fast 200.000 in Mazedonien und etwa 100.000 in Montenegro und Bosnien-Herzegowina.

Schließlich geht es darum, daß die aus ihrer Heimat vertriebenen Menschen ein provisorisches Dach über ihren Kopf bekommen, medizinisch versorgt werden und daß sie eine Perspektive erhalten, nach dem Schweigen der Waffen zurückkehren zu können. Es geht also um einen „sicheren Hafen“ für die Vertriebenen.

„Allied Harbour“ hat den Auftrag, mit 8.000 bis 9.000 Soldaten aus NATO- und

Nicht-NATO-Staaten unter Führung des NATO-Stabes, der normalerweise in Heidelberg zu Hause ist, die notwendige humanitäre Hilfe zu leisten. Dabei sind auch deutsche Stabsoldaten beteiligt. Humanitäre Hilfe ist zwar nicht die Hauptaufgabe, aber sie ist eine wichtige Aufgabe für unsere Bundeswehr. Bei der humanitären Hilfe hat die Bundeswehr in der Vergangenheit bereits große Erfahrungen gesammelt. Die Bundeswehr ist in der Lage, schnell und aus dem Stand heraus, humanitäre Hilfe zu leisten. Dieser Beweis ist von unseren Soldaten oft erbracht worden. Die deutschen Soldaten sind dabei wegen ihrer Ausstattung und technischem Verständnis sehr geschätzt.

Bei ihrem vorgesehenen Einsatz in Albanien und Mazedonien sollen sie u.a.

- medizinische Unterstützung leisten,
- Luft-, Straßen und Seetransporte durchführen
- Straßen, Brücke und Wege bauen sowie
- Fernmeldeverbindungen herstellen.

Im Normalfall ist für so einen humanitären Einsatz ein Beschluß und Mandat des Deutschen Bundestages nicht erforderlich. Aber nach dem grundlegenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts heißt es, daß „die Verwendung von Personal der Bundeswehr für Hilfsdienst und Hilfeleistungen im Ausland, sofern die Soldaten dabei nicht in bewaffnete Unternehmungen einbezogen sind“, nicht der Zustimmung des Deutschen Bundestages bedürfen.

Wegen der besonderen Verhältnisse vor Ort ist ein Schutzkonzept notwendig. Dazu gehören die Sicherung der eigenen Sol-

daten, aber auch die Nothilfe für andere. Schließlich können wir unsere Soldaten nicht ohne den gebotenen Schutz in den Hilfseinsatz schicken. Deshalb ist hier ein Beschluß notwendig, weil die Gefahr nicht ganz ausgeschlossen werden kann, daß unsere Soldaten im Wege des Selbstschutzes oder der Nothilfe von Waffen Gebrauch machen müssen.

Es war nicht glücklich, daß der Antrag der Bundesregierung, obwohl er durch das Bundesministerium der Verteidigung bereits am 20. April und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden, dem Kollegen Struck, öffentlich angekündigt wurde, nicht passierte. Aber nicht wegen Problemen bei der NATO, die Regierungskoalition zögerte mit Rücksicht auf Vorbehalte in den eigenen Reihen. Dies hat Unsicherheit in der Öffentlichkeit und im Deutschen Bundestag erzeugt. Nicht nur deshalb waren Nachfragen und ausführliche Diskussionen notwendig.

Bodenkrieg verhindern

Durch die zögerliche Vorlage des Antrags sind auch Ängste in unserem Land und Unsicherheiten in diesem Hohen Hause entstanden. Das muß hier festgestellt werden. Die CDU/CSU wollte alles ausschließen, was zu einer unververtretbaren Eskalation führen könnte. Dabei stand und steht für die CDU/CSU fest, daß wir einen Bodenkrieg mit allen Mitteln verhindern! Deshalb ist es für uns von besonderer Bedeutung, daß wir für den Einsatz unserer Soldaten – wie schon in der Zeit unserer Regierungsverantwortung – klare Vorgaben und ein klares Mandat haben. Wir wollen genau wissen, was die Soldaten tun und was sie nicht tun dürfen! Grauzonen darf es nicht geben!

Nach intensiven Diskussionen und Prüfungen sind wir nun zu der Gewißheit gelangt, daß wir den Antrag der Bundesregierung unterstützen können. Die deut-

schen Soldaten sind in einem Gebiet im Süden Albaniens eingesetzt. Sie sind nur leicht bewaffnet, weil diese Region als relativ sicher gelten kann. Aber sie können auch Nothilfe gegenüber unseren Partnern leisten. Es ist auch richtig, daß die entsprechende Formulierung im Antrag der Bundesregierung aufgenommen wurde. Unsere Soldaten können auch auf Hilfe anderer Nationen angewiesen sein, sie müssen sie auch geben können.

Jetzt die Nerven bewahren

Auch wenn nach der Tagung der Außenminister der G-8 ein Strahl Licht in den Tunnel kommt, müssen wir sehr sorgfältig damit umgehen. Man darf Milosevic und die Belgrader Führung nicht unterschätzen. Daher ist immer Wachsamkeit geboten. Mit dem Unterdrücken von Milosevic durch die Luftoperationen und die Bekämpfung seiner Militärmaschinerie und der sie tragenden Infrastruktur wird nach wie vor die richtige Strategie verfolgt.

Deshalb müssen wir jetzt die Nerven bewahren, Geduld behalten und einen langen Atem haben. Die eingeschlagene Linie der NATO ist richtig, und wir wollen helfen, Sie zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Einen Frieden zu Milosevics Konditionen darf und wird es nicht geben.

Aber humanitäre Hilfe ist genau so notwendig. Es muß uns klar sein, daß die Ursachen für beide Maßnahmen in der völlig rechtswidrigen und menschenverachtenden Politik Milosevic liegen. Erst wenn sich diese Politik der Belgrader Führung entscheidend ändert, ist ein dauerhafter Friede auf dem Balkan möglich.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bleibt damit in der Kontinuität ihrer Politik gegenüber der Völkergemeinschaft und der NATO. Sie unterstützt auch aus der Opposition heraus und in grundsätzlicher Verantwortung diesen Antrag der Bundesregierung. ■

Schulden erlassen – Entwicklung fördern

Position der Arbeits-
gruppe Entwicklungs-
politik der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Die Überschuldung der ärmsten Länder der Erde ist eines ihrer größten Entwicklungshemmnisse. Lange ist die Überschuldung der Länder nicht als ein Problem erkannt worden, das maßgeblich zur staatlichen und wirtschaftlichen Instabilität von Entwicklungsländern beiträgt. Die Gesamtrate der Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer liegt bei ungefähr 2 Billionen US-Dollar, wobei allein auf die hochverschuldesten Entwicklungsländer 200 Mrd. US-Dollar entfallen.

Dies zeigt, daß eine Entschuldung der Entwicklungsländer notwendig ist, damit diese wieder einen größeren Teil ihres Haushaltes für sinnvolle Entwicklungsprojekte, Infrastrukturmaßnahmen, für das Bildungswesen und das Gesundheitswesen verwenden können und nicht durch überhohe Zins- und Tilgungszahlungen in ihrer Handlungsfähigkeit nachhaltig eingeschränkt sind.

Die Erlassjahrkampagne

Das Thema „Entschuldung der Entwicklungsländer“ gewinnt derzeit stark an Bedeutung, weil die Staats- und Regierungschefs der größten Industrienationen (G 8-Gipfel) sich vom 18. Bis 20. Juni in Köln treffen, um dort u.a. über zusätzliche Initiativen zu beraten. Entscheidungen werden jedoch erst im Herbst bei den Tagungen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds fallen. Zum anderen haben die Kirchen das Thema der internationalen Verschuldung aufgegriffen. Derzeit werden überall in Deutschland Unterschriften im Rahmen der Erlassjahrkampagne gesammelt. Anlässlich des Weltwirt-

schaftsgipfels in Köln ist am 19. Juni eine große Menschenkette geplant. Das kommende Jahr 2000 nehmen Christen und Kirchen in der ganzen Welt zum Anlaß, zum Schuldenerlaß aufzurufen. Sie knüpfen dabei an die Institution des „Erlaß- und Jubeljahres“ an, von dem im Alten Testament die Rede ist.

Reformen honorieren

Die katholische Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland haben in einem gemeinsamen Wort unter dem Titel „Internationale Verschuldung – eine ethische Herausforderung“ eine konsequente Politik der Entschuldung gefordert. Sie erinnern daran, daß Papst Johannes Paul II in seiner Enzyklika zur Vorbereitung auf das Jahr 2000 nachdrücklich zu einem Schuldenerlaß aufgerufen hat: „So werden sich die Christen zur Stimme aller Armen der Welt machen müssen, indem sie das Jubeljahr als eine passende Zeit hinstellen, um u.a. an eine Überprüfung, wenn nicht überhaupt an einen erheblichen Erlaß der internationalen Schulden zu denken, die auf dem Geschick vieler Nationen lasten.“

In ihrer Erklärung machen die beiden Kirchen aber auch deutlich, daß Schuldenerleichterungen und Schuldenerlaß an überprüfbare Bedingungen geknüpft werden müssen. So sollen die Länder die sozialen und ökologischen Bedingungen nachhaltig verbessern, die Analphabetenrate verringern, das Bildungs- und Gesundheitssystem verbessern. „Wichtig ist, daß diese internen Reformen überprüfbar sind und nach einer Stundung der Schulden durch einen Schuldenerlaß honoriert

werden“, heißt es in der Erklärung der beiden Kirchen.

Bedingungen für den Schuldenerlaß

Die entscheidende politische Frage ist daher nicht, ob Schulden erlassen werden sollen, sondern unter welchen Bedingungen. Die problematische Situation vieler Entwicklungsländer rührt schließlich daher, daß in der Vergangenheit Entwicklungshilfegelder wie Kredite nicht zielgerichtet zur Entwicklung des Landes, sondern für Prestigeobjekte verwandt wurden. Korrupte Staatseliten haben eher in ihre eigene Tasche gewirtschaftet als die Entwicklung ihrer Völker gefördert. Mit staatlichem Dirigismus wurde die Wirtschaft des Landes zugrunde gerichtet. Überhöhte Militärausgaben haben die Staatshaushalte immer mehr belastet. Kriege und Bürgerkriege ruinierten viele Länder. Eine Entschuldung darf dort nicht dazu führen, daß schlecht wirtschaftende Regierungen ihre früheren Fehler und Versäumnisse mit der Hilfe der internationalen Staatengemeinschaften noch fortführen können.

Denn dann würde eine Entschuldung voraussichtlich nur einen neuen Verschuldungskreislauf in Gang setzen. Korrupte Regime und gut regierte Staaten dürfen bei der Entschuldungsinitiative nicht in einen Topf geworfen werden; vielmehr muß eine Entschuldungsstrategie differenziert für die einzelnen Länder erfolgen. Es geht bei der Entschuldung darum, daß überprüfbare interne Reformen durch einen Schuldenerlaß honoriert werden, wie es in der Erklärung der beiden Kirchen gefordert wird. Entscheidend ist, daß die Schuldnerländer die ihnen zu gewährenden Schuldenerleichterungen dazu nutzen, die eigentlichen Ursachen von wirtschaftlicher Instabilität und sozialem Elend wirksam zu bekämpfen. Es muß sichergestellt sein, daß die zusätzlichen finanziellen Mittel, die durch eine Schuldenerleich-

terung oder einen Schuldenerlaß frei werden, tatsächlich den Bedürftigen in den Entwicklungsländern zugute kommen und somit in ein entwicklungspolitisches Gesamtkonzept eingebettet sind.

Die Anstrengungen der Staaten in diesem Bereich müssen kontrollierbar und nachprüfbar sein. Dafür sind entsprechende Instrumente zu entwickeln und zu vereinbaren. Dann kann auch langfristig eine politische und wirtschaftliche Stabilität der Entwicklungsländer erreicht werden.

Schulden erlassen, Armut beseitigt? Fragen und Antworten

1. Was will die Initiative „Erlaßjahr 2000“?

Diese Initiative von kirchlichen – und Nichtregierungsorganisationen fordert von den Banken, der Bundesregierung und den internationalen Finanzinstitutionen als symbolischen Neubeginn einen umfassenden Schuldenerlaß für das Jahr 2000. Es soll der Teil der Auslandsschuld erlassen werden, der über 5% der in den Jahren 1994-96 durchschnittlich erzielten Exporteinnahmen hinausgeht.

2. Welche Gründe sprechen für einen Schuldenerlaß?

Die Schuldentilgung ist in vielen Ländern ein wesentliches Entwicklungshemmnis. Die Mittel, die für den Schuldendienst aufgewendet werden, sollen besser in die Armutsbekämpfung und Gesundheitsvorsorge fließen.

3. Wie steht die CDU zu der Kampagne Erlaßjahr 2000?

Die Informationskampagne der Kirchen und Nichtregierungsorganisationen in

Deutschland zum Schuldenerlaß für die ärmsten Länder wird ausdrücklich begrüßt. Die Erlaßjahr-Kampagne hat das Bewußtsein in der deutschen Öffentlichkeit für die Notsituation der betroffenen Länder bereits nachhaltig geschärft und die Notwendigkeit der Hilfe in Form von Schuldenerleichterungen deutlich gemacht.

4. Was möchte die neue Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul ändern?

Für den G8-Gipfel im Juni 1999 in Köln hat die Entwicklungsministerin das Konzept für die sogenannte „Kölner Schuldeninitiative 1999“ ausgearbeitet:

Fünf hochverschuldeten Entwicklungsländern (Bolivien, Nicaragua, Honduras, Guyana, Côte d'Ivoire) sollen die Industrieländer im Rahmen der HIPC-Initiative alle Schulden aus der Entwicklungszusammenarbeit vollständig erlassen. Für die Bundesrepublik Deutschland beträgt das etwa 1,5 Mrd. DM.

Zudem sollen bereits nach drei Jahren sozial verantwortungsvoller, zukunftsorientierter Wirtschafts- und Finanzpolitik die Schuldenlasten wesentlich gesenkt werden.

In Ausnahmefällen soll bei staatlich verbürgten Handelsforderungen die Schuldenerlaßgrenze von 80 auf 100% angehoben werden. Dies soll die Länder Äthiopien, Bolivien, Côte d'Ivoire, Honduras, Mosambik, Madagaskar, Nicaragua, Sambia und Tansania betreffen und sich auf eine zusätzliche Summe von etwa 800 Mio. DM belaufen.

5. Wie sieht die Position der CDU/CSU zum Thema Schuldenerlaß aus?

Schuldenerleichterungen und Schuldenerlaß sind für hochverschuldete Entwicklungsländer ein wichtiger und richtiger Schritt, um ihnen und ihren Regierungen

Spielräume für eine entwicklungsorientierte Politik zurückzugeben. Nachhaltig sind solche Maßnahmen jedoch nur dann, wenn damit auch die strukturellen Ursachen der Verschuldung in Angriff genommen werden. Entschuldung kann nur unter der Bedingung stattfinden, daß die finanziellen Mittel im jeweiligen Land zur Verbesserung der Situation der Armen eingesetzt werden. Entschuldung macht keinen Sinn, wenn die freigewordenen finanziellen Mittel anschließend in die Taschen der herrschenden Elite fließen oder für den Kauf von Waffen verwendet werden.

Auch die Verkürzung der Frist für nachweisliche Reformanstrengungen für einen wesentlichen Schuldenerlaß auf drei Jahre erscheint nicht sinnvoll, da innerhalb dieser Zeitspanne jegliche Überprüfungsmöglichkeiten der Nachhaltigkeit der Reformen fehlen.

Zudem enthält die „Kölner Schuldeninitiative 1999“ kaum wirklich neue Ansätze; so ist die Liste der Länder, welche für eine Entschuldung nach der HIPC-Initiative in Frage kommen sollen, identisch mit der vorgesehenen Ländergruppe der alten Bundesregierung.

6. Wie sollte mit der Frage eines deutschen Sonderproblems umgegangen werden, den „Ex-DDR-Schulden“?

Wenn diese Schulden nicht aufgrund von Waffengeschäften oder ähnlichem zustande gekommen sind, sollten sie weiterhin ebenso wie sonstige staatlich verbürgte Handelsschulden behandelt werden. Denn im Gegenzug hat auch die Bundesrepublik Deutschland Verbindlichkeiten der ehemaligen DDR gegenüber Entwicklungsländern übernommen und beglichen. Für die Regelungen eines Schuldenerlasses müssen daher die gleichen Bedingungen wie in den anderen Fällen Geltung haben.

7. *Wie wurden bislang die Schulden der Entwicklungsländer abgebaut?*

Seit 1978 sind den 37 am wenigsten entwickelten Länder (LDCs = Least developed Countries) rund 9,1 Mrd. DM erlassen bzw. der Erlaß in Aussicht gestellt worden. Seitdem erhalten 33 von diesen LDCs ausschließlich nicht-rückzahlbare Zuschüsse, deren Summe sich bislang auf etwa 12,5 Mrd. DM beläuft. 1993 wurden Schuldenumwandlungen zugunsten von Umweltschutz-, Armutsbekämpfungsbzw. Bildungsprojekten von insgesamt 515 Mio. DM eingeführt.

Außerdem gibt es für eine Reihe hochverschuldeter Länder die HIPC-Initiative, die besagt, daß nach einer sechsjährigen Frist, in der die Ursachen der Verschuldung wesentlich beseitigt werden müssen, maximal 80% der Schulden erlassen werden. Ziel der Initiative ist es, bei gleichzeitig laufenden Anpassungsmaßnahmen, den Schuldenstand auf ein tragfähiges Niveau zu senken. Erstmals ermöglichen dabei auch multilaterale Institutionen wie Weltbank oder IWF die Reduzierung von Schulden.

8. *Warum waren die bisherigen Entschuldungsmaßnahmen nur teilweise erfolgreich?*

Die bisherigen Entschuldungsmaßnahmen waren zu halbherzig und die betroffenen Länder waren nicht auf den Weg einer wirtschaftlichen Gesundung gebracht worden. Wir müssen nüchtern sehen, daß die ständigen Verbesserungen der Schuldenerleichterungen über die letzten Jahrzehnte hinweg seitens der Gebernationen gegenüber den Entwicklungsländern zwar auf den Weg gebracht worden sind, aber viele Entwicklungsländer nicht ihrer eigenen Verpflichtung im Sinne einer Reformpolitik nachgekommen sind. Vor diesem Hintergrund zeigt sich, daß Entschuldungsmaß-

nahmen nicht greifen, wenn die Länder keine eigenen Reformanstrengungen zur gleichen Zeit unternehmen.

9. *Wie wird die Verschuldung gemessen?*

Da der Schuldendienst in Devisen bezahlt werden muß, bietet es sich an, das Maß der Verschuldung durch das prozentuale Verhältnis des Schuldenstandes zu den Exporten eines Jahres zum Ausdruck zu bringen.

10. *Welches Ausmaß hat die Verschuldungsproblematik?*

Bei einer regionalen Aufschlüsselung des Schuldenstandes (Schuldenstand im Verhältnis zu den Exporterlösen eines Jahres) zeigt sich folgendes Bild: Afrika 202%, Südasien 180%, Lateinamerika 193%, Naher Osten 115%, Entwicklungsländer Europas und Zentralasiens 102%. Werden exemplarisch einige höchst verschuldete Länder betrachtet, bewegt sich die Verschuldung für Guinea-Bissau bei 1500%, Rwanda 550%, Mosambik und Nicaragua etwa 500% (berechnet nach Hurrikan Mitch) und Tansania 300%.

11. *Welches Maß an Verschuldung kann noch als tragfähig angesehen werden?*

Als Faustregel für eine langfristig tragbare Auslandsverschuldung gilt nach Angaben des Präsidenten der Deutschen Bundesbank Hans Tietmeyer ein Schuldenstand von 200 - 250% der Ausfuhren. Länder, die diesen Schwellenwert überschreiten, laufen gemäß der Erfahrungen aus den 80er Jahren erhöhte Gefahr, in Zahlungsverzug zu geraten und umschulden zu müssen.

12. *Besteht ein Zusammenhang zwischen hoher Verschuldung und Armut der Bevölkerung?*

Die Verschuldung der Länder mit niedrigem Einkommen kann nicht generell als

der wesentliche Grund für die Armut angesehen werden. Niemand wird behaupten können, daß die Armut in vielen Entwicklungsländern mit der Verschuldung zu tun hat. Hat die Armut in Angola etwas damit zu tun, daß das Land über verhältnismäßig hohe Schulden verfügt, während der Staatsef Dos Santos sein privates Vermögenskonto hat, das auf 4 bis 5 Milliarden US-Dollar geschätzt wird, ganz abgesehen von seiner Militärclique? Am Beispiel Indien wird sehr deutlich, daß die Probleme der sozialen Ungerechtigkeit mit der Verschuldung überhaupt nichts zu tun haben, sondern damit, daß sich die Verantwortlichen in dem Land weigern, sich um die Probleme der Armen zu kümmern. Indien befindet sich in bezug auf die Schuldenproblematik in einer günstigen Situation, hat aber dennoch mit rund 450 bis 500 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze die größte Zahl von Armen in einem Land der Welt.

13. Was sind die Ursachen für die Verschuldungsproblematik der Entwicklungsländer?

Ein Großteil der verschuldeten Länder ist gekennzeichnet durch eine geringe Wirtschaftskraft. Diese wird von strukturellen Faktoren wie einer mangelnden Rechtsordnung, außen- und innenpolitischer Instabilität, sowie einer fehlerhaften Wirtschafts- und Finanzpolitik bedingt. Zu der unbefriedigenden Wirtschaftsentwicklung in den hochverschuldeten armen Ländern haben nach Untersuchung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds verschiedene Faktoren beigetragen, insbesondere Bürgerkriege, ineffiziente Verwaltungen in vielen Ländern, Korruption, eine oftmals verfehlte Wirtschaftspolitik, verzerrte Preisrelationen und sich verschlechternde Außenhandelsbedingungen. Auch scheint die Bereitschaft oder die Fähigkeit der politischen Instanzen dieser Länder,

durchgreifende Reformen zur Stimulierung der Wirtschaft und zur Verringerung der Auslandsverschuldung umzusetzen, oftmals gering gewesen zu sein.

14. Wem nutzt überhaupt ein kompletter Schuldenerlaß?

Es ist nicht garantiert, daß ein Schuldenerlaß den wirklich Bedürftigen zugute kommt. In erster Linie würden diejenigen profitieren, die maßgeblich für die derzeitige kritische Lage verantwortlich sind. Ein Schuldenerlaß könnte diese bereichern, und die eingesparten Gelder für unwirtschaftliche Prestigeobjekte oder Militärausgaben nutzen lassen.

15. Kann ein genereller Schuldenerlaß pauschal auf alle Entwicklungsländer übertragen werden?

Eine einzelfallgerechte Entschuldungsstrategie mit einer individuellen Bekämpfung der Ursachen für die Entschuldung verspricht mehr Effektivität. Denn die Ursachen für hohe Schulden in den verschiedenen Entwicklungsländern lassen sich keinesfalls verallgemeinern.

16. Gibt es andere Maßnahmen zur Armutsbekämpfung als den Schuldenerlaß?

Wirkungsvoller sind z.B. Überbrückungskredite, Streckung von Rückzahlungsfristen für Altkredite oder Zinsvergünstigungen, die gleichzeitig an Reformauflagen (z.B. Armutsbekämpfung, Umweltschutz) und Kooperationsbereitschaft gebunden sind. Auch bisher bestand bereits die Möglichkeit, einen Schuldenerlaß zu erreichen, wenn entsprechende finanzielle Mittel stattdessen für die Armutsbekämpfung und den Umweltschutz im eigenen Land verwandt wurden.

Berliner SPD im Sinkflug

Fünf Monate vor der Wahl regt sich an der Basis der SPD Widerstand gegen Pläne des Führungsquartetts um Spitzenkandidat Walter Momper, der Dauerbürgermeister Eberhard Diepgen im Oktober entthronen will.

Statt mit dem politischen Gegner sind die Genossen mit sich selbst beschäftigt. Dazu dämpft das rot-grüne Erscheinungsbild in Bonn die Stimmung. Und dann gibt es noch ein Problem, das der Meinungsforscher Manfred Güllner so auf den Punkt bringt: „Das kann man mit einem Namen benennen – Momper.“

Vor allem in den West-Bezirken sei der Ex-Regierende, der von 1989 bis 1991 Chef einer rot-grünen Koalition war und bei der Abgeordnetenhauswahl am 10. Oktober seinen alten Job zurück will, wohl nicht populär genug, sagt nicht nur Güllner. „Wo man Momper kennt, dort wählt man ihn nicht“, lästert CDU-Fraktionschef Klaus Landowsky. Die schlechten Umfragewerte für die SPD, die 1995 in ihrer einstigen Hochburg mit 23,6 Prozent ein Debakel erlebte, scheinen die Kritiker zu bestätigen: Mit 26 Prozent liegen die Genossen derzeit zehn Punkte hinter dem Koalitionspartner CDU. Das Wunschziel Rot-Grün ohne Beteiligung der PDS scheint in weiter Ferne.

17. *Wie ist die Verantwortung der Geberländer für die Finanzsituation der verschuldeten Entwicklungsländer zu bewerten?*

Auch die Schuldnerländer tragen für ihre hohen Auslandsschulden Verantwortung, wenn sie die Kredite nicht für Investitionen, die der Entwicklung dienen, investiert haben. Lediglich 17% wurden für Investitionen verwendet. Allerdings tragen die Geberländer eine gewisse Mitverantwortung, denn sie haben die Leistungsfähigkeit der Darlehensnehmer falsch eingeschätzt.

18. *Welche Konsequenzen lassen sich daraus ziehen?*

Die Bundesrepublik Deutschland hat daher den ärmsten hochverschuldeten Ländern keine Kredite mehr gewährt, sondern nur noch nicht-rückzahlbare Zuschüsse. Bei der Vergabe privater Kredite an Entwicklungsländer sollten mögliche ungünstige Wirtschaftsentwicklungen stärker einkalkuliert und gleichzeitige strukturelle

Verbesserungen forciert werden. Der Nachweis ernsthafter und nachhaltiger Reformanstrengungen ist daher eine unverzichtbare Voraussetzung für Schuldenerleichterungen.

19. *Wie kann sichergestellt werden, daß Schuldenerleichterungen oder Schuldenerlaß den Ärmsten zugute kommen?*

Der Schuldenerlaß muß den Ärmsten und Armen zugute kommen und mit echten wirtschaftlichen und sozialen Reformen verbunden sein. Ein wichtiges Instrument hierzu ist die Bildung von sogenannten Gegenwertfonds, durch die die erlassenen Schulden in nationaler Währung für Entwicklungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. An solchen Gegenwertfonds sind grundsätzlich auch die Kirchen, Selbsthilfeinstitutionen, Nichtregierungsorganisationen mit ihren Projekten zu beteiligen, da sie in der Regel besondere Kompetenz in der nachhaltigen Armutsbekämpfung besitzen. ■

Landesparteitag eröffnet Kommunal- und Europawahlkampf

Zu einem zweitägigen Parteitag trafen sich am 7. und 8. Mai in Schwerin die 143 Delegierte der CDU Mecklenburg-Vorpommern. Als Gast nahm der Bundesvorsitzenden der CDU Deutschland, Wolfgang Schäuble, an dem Parteitag teil.

Wolfgang Schäuble rief vor dem Hintergrund der Politik der Bundesregierung die CDU in Mecklenburg-Vorpommern auf, die Wahlen am 13. Juni ernst zu nehmen. Sowohl aus den Kommunalwahlen als auch aus den Wahlen zum Europäischen Parlament müsse die CDU gestärkt hervorgehen. Im Verlauf seiner Rede griff er die Politik der Bundesregierung scharf an. Exemplarisch zeigte er an Hand der Ökosteuer auf, daß insbesondere die Menschen in den neuen Bundesländern von der rot-grünen Politik in Bonn getroffen würden. Die Ökosteuer brandmarkte der Bundesvorsitzende als reines Geldbeschaffungsmodell.

Die Landesvorsitzende Angela Merkel stellte fest, daß die bevorstehenden Kommunal- und Europawahlen eine wichtige Etappe auf dem Weg zurück in die Regierungsverantwortung in Mecklenburg-Vorpommern sein würden. Deshalb dankte sie allen Mitgliedern, die dazu beigetragen hätten, daß die CDU 1999 mit 5 300 Kandidaten, deutlich mehr als 1994, ins Rennen gehen könne. Harald Ringstorff habe das Land mit seiner Koalitionsentscheidung für die PDS bundesweit in die Isolation geführt und so schon jetzt großen Schaden angerichtet. Dies müsse ein Ende haben. Die Kommunal- und Europawahlen seien ein erster Schritt. Die Opposition von heute ist die Regierung von morgen, stellte Angela Merkel fest.

Am zweiten Tagungstag machten sich die Delegierten das Motto des Parteitages „Mitten im Leben“ zu eigen und griffen aktiv in den Kommunalwahlkampf in der Landeshauptstadt Schwerin ein. Dank der hervorragenden Vorbereitung durch den örtlichen Kreisverband gab es für jeden Delegierten eine Aufgabe. Neben einer Kundgebung auf dem Großen Dreesch gab es in der ganzen Stadt Infostände und Diskussionsrunden. Die CDU prägte an diesem Samstagvormittag das Bild der Landeshauptstadt.

Eckhardt Rehberg, der den zweiten Tagungstag im ASTRON Hotel eröffnete,

„Tief abtauchen, aber kein Tiefgang“ – Kennzeichen des politischen U-Boots SPD/PDS-Regierung

griff die Ergebnisse der ersten Monate der linken Landesregierung scharf an. Die Landesregierung sei ein politisches U-Boot. „Tief abtauchen, aber kein Tiefgang.“ Im übrigen sei die Landesregierung bereits an ihren eigenen Maßstäben gescheitert. Nicht nur im sozialen Bereich würden die Menschen von der SPD/PDS-Regierung belogen und betrogen. Initiativlosigkeit und soziale Kahlschläge prägten das Bild dieser Regierung.

Nach einer Rede des Spitzenkandidaten für die Europawahl, Prof. Dr. Alfred Gomolka, diskutierten und verabschiedeten die Delegierten den Antrag des Landesvorstandes „Thesen zur Kommunalwahl 1999“. Alfred Gomolka hatte in seinem Beitrag auf die enge Verknüpfung zwischen Europa- und Kommunalpolitik ver-

Sven-Joachim Otto kandidiert als Mannheimer Oberbürgermeister

In Mannheim wird es am 27. Juni 1999 spannend. Sven-Joachim Otto, Mannheimer Stadtrat und Kreisvorsitzender der Jungen Union, hat seine Kandidatur gegen den bisherigen Amtsinhaber Gerhard Widder (SPD) erklärt. Neben der CDU wird Otto auch von der örtlichen Wählervereinigung Mannheimer Liste (ML) unterstützt. Nach vielen Jahren des Stillstandes in der Kommunalpolitik und der durch die Sparkassenaffäre entstandenen finanziellen Probleme der zweitgrößten Stadt Baden-Württembergs, zeigt Sven-Joachim Otto mit Visionen und Inhalten, warum die Mannheimer Bürger ihn zu ihrem Oberhaupt wählen sollen. Wichtigste Themen seines Wahlkampfes sind unter anderem die Arbeitslosigkeit und ihre Beseitigung, die Wirtschaftsförderung und der katastrophale Straßenzustand sowie die Sicherheitslage in der Quadratstadt. Neben Altbundeskanzler Helmut Kohl aus dem benachbarten Ludwigshafen haben auch Ministerpräsident Erwin Teufel und CDU-Fraktionsvorsitzender Günther H. Oettinger Sven-Joachim Otto ihre Unterstützung zugesagt. Sie alle setzen sich für einen Wechsel in Mannheim ein. Im Internet informiert Sven-Joachim Otto unter www.sven-otto.de über seinen Wahlkampf. Sein Wahlkampfbüro befindet sich in der Inneren Wingertstraße 9 in 68039 Mannheim (Tel.: 0621-7279927, Fax: 0621-7279999).



wiesen und eine Wahlkampftour durch das Land angekündigt.

Im Mittelpunkt der Beratungen des zweiten Tagungstages stand jedoch der Leitartikel des Landesvorstandes „Mitten im Leben – Auf dem Weg zur Regierungsverantwortung im Land Mecklenburg-Vorpommern“ (UiD 12/99). Mit dem Stra-

tegiepapier legt die CDU Mecklenburg-Vorpommern eine Konzeption für eine Politik aus einem Guß vor und lädt zur Diskussion ein. Angela Merkel rief alle Mitglieder auf, sich an der inhaltlichen Diskussion in den Orts- und Kreisverbänden, den Arbeitskreisen und Landesfachausschüssen zu beteiligen. So werde die CDU fit für die Regierungsübernahme. ■

Parlamentarischer Abend für Neumitglieder

Rund 250.000 CDU-Neumitglieder waren vor wenigen Tagen der Einladung ihres Landes- und Fraktionsvorsitzenden Christoph Böhr sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung zu einem Parlamentarischen Abend in den Mainzer Landtag gefolgt.

Die Neumitglieder sollten die Möglichkeit haben, Abgeordnete und Sprecher der Landtagsfraktion einmal persönlich kennenzulernen und sich mit ihnen auszutauschen.

In Arbeitsgruppen konnten sich die Gäste über die Schwerpunkte der Parlamentsarbeit informieren und mit den Arbeitskreisen der Fraktion diskutieren.

Die CDU in Rheinland-Pfalz kann seit Oktober vergangenen Jahres über 3.000 neue Mitglieder verzeichnen. Der Zuwachs ist nach wie vor ungebremsst. Die „Neuen“ sind jung, engagiert und wollen mehr leisten als nur einen Mitgliedsbeitrag.

Die CDU Rheinland-Pfalz, so Böhr, will engagierten Neumitgliedern die Mitarbeit anbieten.

Der Parlamentarische Abend, erklärte Böhr, sei eine Ergänzung zu den „Innovationszirkeln“, mit denen man allen Neumitgliedern auf Ebene der Kreisver-



Der CDU-Landesvorsitzende Christoph Böhr spricht im Plenarsaal des Mainzer Landtages zu den Neumitgliedern der rheinland-pfälzischen Union

bände ein Forum geschaffen habe. In der CDU, so Böhr, stecke ein großes Potential. Für jedes Problem gäbe es hilfsbereite Menschen und auch Spezialisten, die als Parteimitglieder bereit seien, ihr Spezialwissen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Für Böhr ist es wichtig, daß bildungspolitisch interessierte Mitglieder den bildungspolitischen Sprecher der Landtagsfraktion persönlich kennen oder der Arzt, der CDU-Mitglied geworden ist, seine konkreten Erfahrungen an die Gesundheitspolitiker der Fraktion weitergeben kann.

Der Parlamentarische Abend für die Neumitglieder war eine Bereicherung für alle. Er soll zu einer festen Institution der rheinland-pfälzischen Union werden.

Traumergebnis für Christoph Böhr



Christoph Böhr wurde auf dem 49. Landesparteitag der CDU Rheinland-Pfalz in Lahnstein mit einem Traumergebnis in seinem Amt bestätigt. Böhr erhielt 371 (98,2 Prozent) der 379 gültigen Stimmen. Mit geblähten Segeln steuert die rheinland-pfälzische Union jetzt auf die Kommunalwahlen zu. Christoph Böhr: „Bei der CDU gibt es zukunftsorientierte Lösungen und viele frische Ideen. Es liegt uns besonders am Herzen, daß wir Politik eng verbunden mit unserer Heimat und ihren Menschen gestalten. Wir haben den Anspruch, wieder als stärkste kommunale Kraft bestätigt zu werden.“

Bernhard Vogel führt die CDU in die Thüringer Landtagswahl

Die Thüringer CDU zieht abermals unter Führung von Ministerpräsident Bernhard Vogel in die Landtagswahl am 12. September.

Vogel wurde am 8. Mai auf einer Landesvertreterversammlung in Mühlheim erwartungsgemäß zum Spitzenkandidaten gewählt. Der CDU-Landeschef erhielt 89 Prozent der Delegiertenstimmen. Den zweiten Listenplatz erhielt Kultusminister Dieter Althaus mit 84,5 Prozent. Die stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Birgit Diezel kam

mit 72,7 Prozent auf den dritten Platz. Vogel sagte vor den etwa 150 Delegierten, die CDU wolle bei der Landtagswahl die absolute Mehrheit erreichen.

Zur Frage einer Fortsetzung der großen Koalition nach der Wahl äußerte sich Vogel in Mühlhausen nicht. Die SPD behält sich eine Zusammenarbeit mit der PDS nach dem 12. September vor. Mit Blick auf die Möglichkeit einer zweiten rot-roten Landesregierung sagte Vogel: „Wenn sie die Möglichkeit haben, werden sie es machen“.

Sachsen-Anhalt ist unsere Heimat, Europa ist unsere Zukunft

In seiner Rede an die Delegierten und Gäste informierte der Landesvorsitzende, Wolfgang Böhmer, über die Ziele und Vorhaben der Landespartei. Zu christlichen Werten in der CDU sprach der Direktor des Diakonischen Werkes, Reinhard Turre.

Der Landesausschuß der CDU Sachsen-Anhalt stand insgesamt ganz unter dem Vorzeichen der am 13. Juni stattfindenden Kommunal- und Europawahlen. Der stellv. Landesvorsitzende und Kommunalwahlbeauftragte der Landespartei, Thomas Weibel, stellte die CDU-Leitlinien 'Mitten im Leben' vor, die von den Delegierten des 9. Landesausschusses verabschiedet wurden. Horst Schnellhardt, Spitzenkandidat der CDU Sachsen-Anhalt für die Europawahlen, betonte den Stellenwert Europas in Sachsen-Anhalt und die Relevanz der kommenden Europawahlen für die Christdemokraten.

In seinem Grußwort verwies der Vorsitzende des gastgebenden Kreisverbandes, Jürgen Scharf, mit Blick auf die in Magdeburg gerade eröffnete Bundesgartenschau, auf die erreichten Erfolge beim Aufbau der neuen Bundesländer. So wie die Stadt Magdeburg mit ihrer Blumenschau zum Magneten werde, so habe auch die CDU alle Chancen, mit ihrem politischen Programm und mit guten Leuten bei den Kommunalwahlen zum Erfolg zu kommen.

CDU als Opposition – Verantwortung und Konsequenzen

Ziel des Landesausschusses sei, so der Landesvorsitzende Wolfgang Böhmer, mit den Delegierten und Gästen über die strukturelle und inhaltliche Entwicklung der Partei ins Gespräch zu kommen. Am

Ende dieser Entwicklung müsse eine Partei stehen, zu der die Wähler wesentlich mehr Vertrauen hätten als bei den letzten Wahlen.

Böhmer kritisierte die Bundesregierung, die Novellierung des Staatsbürgerschaftsrechts, die Energiepolitik, die sogenannte ökologische Steuerreform sowie die Neuregelung der 630 DM-Jobs, um nur einige der Punkte zu nennen, die erkennbares

Die Delegierten und Gäste des 9. Landesausschusses der CDU Sachsen-Anhalt trafen sich am 24. April im Hegel-Gymnasium in Magdeburg.

Chaos geschaffen hätten. Es gebe kein neues Gesetz, das nicht „nachgebessert“ worden sei oder werden müsse.

Handlungsunfähige Landesregierung

Herbe Kritik übte Böhmer auch an der Landesregierung in Sachsen-Anhalt. Kaum ein Negativrekord, den Sachsen-Anhalt nicht aufstelle, angefangen von den Arbeitslosenzahlen, dem Verschuldungsanstieg, dem Verlust an Einwohnern seit der Wende, nämlich 8,9 %. Auch die Investitionsquote im Landeshaushalt sinke von Jahr zu Jahr. Die Höppner-Regierung kenne diese Zahlen, sei jedoch aufgrund der fehlenden Mehrheiten im Landtag nicht gestaltungs- und handlungsfähig. Notwendige Veränderungen, wie z.B. die Reform der internen Landesverwaltung und die Verminderung der konsumtiven Ausgaben würden nicht in Angriff genommen. Es sei

klar und deutlich, daß Sachsen-Anhalt einen Wechsel brauche.

Dies sei mit einer starken CDU möglich. Die ersten Schritte zur Lösung anstehender Probleme seien getan, weitere würden folgen.

Interessante Entwicklung des Parteienspektrums

Mit Interesse sei die Entwicklung des Parteienspektrums zu beobachten. Die Grünen seien durch die Übernahme von Verantwortung derart desillusioniert, daß die Zukunft dieser Partei vorhersehbar sei. Der FDP als „natürlichstem Koalitionspartner“ der Union sei glücklicheres Agieren zu wünschen, damit sie den Wiedereinzug in den Landtag schaffe. Sehr interessant sei die Entwicklung der SPD, deren Bundesvorsitzender einfach klammheimlich davonlaufe, ohne den eigenen Mitgliedern eine Erklärung abzugeben. Die innere Zerrissenheit einer Partei könne sich kaum dramatischer nach außen darstellen. Die PDS sei gefangen in plumper DDR-Nostalgie. Das Verhältnis der Union zur PDS dürfe jedoch nicht von Berührungängsten geprägt sein.

„Meine Zukunft wähl' ich selbst“

Es wäre erfreulich, sagte Böhmer, wenn die Union in Sachsen-Anhalt das Kommunalwahlergebnis gegenüber der Landtagswahl von 1998 verdoppeln würde.

Böhmer verwies darauf, daß für eine Reihe von zukunftsweisenden Sachfragen Lösungsvorschläge und Gestaltungskonzepte zu erarbeiten seien und daß aus dem Spannungsverhältnis zwischen Wirtschaftsflügel und sozialpolitischem Flügel konstruktive Lösungen erarbeitet werden müßten. In diesem Kontext seien die Landesfachausschüsse als Expertengremien der Partei in Zukunft wichtiger denn je. Die Partei müsse sich als ein modernes Dienstleistungsunternehmen für die Bürger unserer

Zeit verstehen. So könne die CDU, ganz nach dem Motto der Jungen Union auf ihrem Wahlplakat „Meine Zukunft wähl' ich selbst“, mit demselben Selbstbewußtsein sagen, die Zukunft unseres Landes gestalten wir wieder selbst.

Was erwarten Kirche und Öffentlichkeit von einer Partei, die sich selbst christlich nennt?

Aus dem christlichen Leitbild lasse sich kein bestimmtes Parteiprogramm ableiten, wohl aber die Grundlage für verantwortliche Politik, so der Direktor des Diakonischen Werkes der Kirchenprovinz Sachsen, Reinhard Turre, in seinen Ausführungen. Auf dieser Grundlage müsse gemeinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich sein – in einer Zeit, die vom Wertewandel bestimmt sei und das Unverbindliche dem Verbindlichen vorziehe. Es sei zu fragen, ob hinter der Gerechtigkeit, die oft eingefordert würde, nicht wieder Gerechtigkeitsforderungen und Wünsche des Einzelnen versteckt seien? Unsere Gesellschaft brauche Menschen, die für ihre Überzeugungen einstünden, so daß sie auch für andere überzeugend sein könnten. Der alte Spruch, daß der Fürst der erste Diener des Staates sei, gelte heute in erster Linie für die Parteien.

CDU-Volksinitiative zum Weiterbau von A 14 und A 71

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr der CDU-Landtagsfraktion, Karl-Heinz Daehre, kritisierte scharf die Landes-SPD, die ihrem 'Koalitionspartner' PDS in der Frage des Weiterbaus von A 14 und A 71 nachgegeben habe, so daß die genannten Verkehrsprojekte im Landesentwicklungsplan nicht mehr als Autobahnen, sondern als Bundesfernstraßen ausgewiesen seien. Dies könne so nicht hingenommen werden. Es entstünden nur dort Arbeitsplätze,

wo auch die Infrastruktur stimme. Deshalb rufe er dazu auf, die Volksinitiative des CDU-Landesverbandes zur Aufnahme der Weiterführung von A 14 und A 71 in den Landesentwicklungsplan als Autobahnen, besonders auch im Rahmen des Kommunalwahlkampfes, aktiv zu unterstützen, so daß die notwendigen 35.000 Unterschriften dem Landtag von Sachsen-Anhalt baldmöglichst vorgelegt werden könnten.

CDU-Leitlinien „Mitten im Leben“ für die Kommunalwahlen am 13. Juni 1999

Thomas Webel, stellvertretender Landesvorsitzender und Kommunalwahlbeauftragter des Landesverbandes stellte die Wahlkampfplakate der Union in Sachsen-Anhalt vor. Das Kommunalwahlprogramm der Landespartei, das als Angebot an die Kreise zu verstehen sei, transportiere den Slogan 'Mitten im Leben' mit seinen Themen 'Jugend ist Zukunft', 'Vorrang für Arbeitsplätze', 'Lebensqualität mitten im Leben', 'Vertretbare Gebühren und Beiträge', 'Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit', 'Gemeinsinn statt Eigennutz', 'Dienstleistung für Bürger' und 'Solide Finanzen'. Einhelliges Ziel der Landespartei sei es, flächendeckend mit Kandidaten zur Kommunalwahl am 13. Juni 1999 anzutreten, sagte Webel. Im Lande herrsche eine sehr

positive Grundstimmung für die Union. Die CDU erfülle alle Voraussetzungen, anlässlich der Kommunalwahlen wieder stärkste Partei in Sachsen-Anhalt zu werden.

Sachsen-Anhalt ist unsere Heimat, Europa ist unsere Zukunft

Die Christdemokraten müßten nach den Europawahlen am 13. Juni als stärkste politische Kraft ins Europäische Parlament einziehen, so Horst Schnellhardt, Spitzenkandidat der CDU Sachsen-Anhalt für die Europawahl. Dies sei dringend erforderlich, um ein Gegengewicht zur Bundesregierung und zu den zahlreichen sozialdemokratisch geführten Landesregierungen zu schaffen. Ziel sei, mit mindestens zwei Kandidaten aus Sachsen-Anhalt ins Europäische Parlament zu kommen. Es gelte, ein Europa der Freiheit, des Wettbewerbs und der Demokratie zu erhalten und weiter auszubauen. In der Erweiterung der Europäischen Union müsse man die Chancen, ganz besonders auch für Sachsen-Anhalt, erkennen und nutzen. Bei den vielen Besuchen in den Kommunen sei es ihm ein besonderes Anliegen, die Jugend in Sachsen-Anhalt für Europa zu gewinnen. In diesem Sinne begreife er sein Motto „Sachsen-Anhalt ist unsere Heimat, Europa ist unsere Zukunft“, erklärte Schnellhardt.

Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung

31. Mai: Bürgermeisterkonferenz mit Wolfgang Schäuble, Reg. Bürgermeister Eberhard Diepgen und Oberbürgermeister Dr. Herbert Wagner (im Berliner Rathaus)

31. Mai-2. Juni: Perspectives for the Alliance as a Community of Values Konferenz junger Führungskräfte

aus Ost und West anlässlich des 50jährigen Bestehens der NATO mit NATO-Generalsekretär Javier Solana (im Haus der KAS Berlin)

2. Juni: Erste Manfred-Wörner-Gedächtnisrede
Mit NATO-Generalsekretär Javier Solana (im Haus der KAS Berlin)

Baden-Württemberg mitten in Europa

Mit ihrem 10. Kleinen Landesparteitag eröffnete die CDU am 7. Mai in Leonberg den Europawahlkampf in Baden-Württemberg. Der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Erwin Teufel, nutzte diese Gelegenheit zu scharfen Angriffen auf die rot-grüne Bundesregierung, die von den Delegierten begeistert aufgenommen wurden.

Die rot-grüne Koalition in Bonn habe am 13. Juni eine Niederlage verdient, sagte Teufel. Er rief dazu auf, die Europawahl zur Abstimmung über Rot-Grün zu machen. „Die Bürger haben die Möglichkeit der Schröder-Regierung einen Denkmalsatz zu verpassen.“ Ein gutes Ergebnis für die Union sei auch die beste Grundlage für einen Sieg bei der nächsten Bundestagswahl, erklärte der Ministerpräsident. Die Menschen spürten immer mehr, wie wenig man Schröder und Rot-Grün zutrauen könne. „Wir haben am 13. Juni die Entscheidung über mehr oder weniger Linkskurs in Europa, und wir wollen kein sozialistisches Europa!“

Erwin Teufel: Europawahl wird zur Volksabstimmung über Rot-Grün.

Teufel betonte, die CDU bleibe die Europapartei Nr. 1 in Deutschland. Neben der Vervollständigung der inneren Einheit Deutschlands sei die europäische Einigung immer ihr vorrangiges Ziel gewesen. „Baden-Württemberg ist in der Mitte Europas vom Einigungsprozess außerordentlich stark betroffen. Wir Baden-Württemberger treiben die europäische Einigung voran; wir wollen aber auch unsere regionale Identität bewahren. Subsidiarität muß gelebter Alltags in Europa werden. Politik muß dort gemacht werden, wo sie gebraucht wird;

vor Ort, bei den Menschen.“ Die Rolle Baden-Württembergs in Europa müsse noch stärker werden, so Teufel.

Die rot-grünen Chaos-Gesetze müssen weg

Teufel kritisierte in seiner Rede auch die Gesetze zur sog. Scheinselbstständigkeit und zu den 630-Mark-Jobs. Schröder schade damit gerade den kleinen Leuten und mache jeden Leistungswillen zunichte. „Diese chaotischen Regelungen kosten Tausende den Job. Sie müssen endlich weg!“

Teufel bekräftigte, daß der Einsatz der NATO im Kosovo gerechtfertigt sei. „Vertreibung und Völkermord dürfen in Europa nicht mehr widerstandslos geduldet werden.“ Die baden-württembergische Landesregierung und die CDU stünden deshalb klar hinter dem Militäreinsatz der NATO und der Bundeswehr in Jugoslawien.

Nach der Grundsatzrede Teufels beschloss die 150 Delegierten in Leonberg auch das Wahlprogramm der CDU Baden-Württemberg zur Europawahl am 13. Juni. Darin sprach sich die CDU unter anderem für die Fortentwicklung der EU zu einer „ökologischen Union“ aus. Nach der politischen und wirtschaftlichen Einigung gelte es nun, vergleichbare Umweltstandards als dritte Säule in der EU aufzubauen. Mehr Rechte für das Europäische Parlament ist eine weitere zentrale Forderung der CDU Baden-Württemberg in diesem Wahlkampf. Die CDU Baden-Württemberg geht gut gerüstet in den Europawahl. Ihr erklärtes Wahlziel ist, das hervorragende Ergebnis von 1994 einzustellen und vom 13. Juni an wieder mit mindestens sieben Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten zu sein. ■

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Aachen und Kornelimünster, Köln und Brühl, Bonn, Siegburg, Rhöndorf und das Siebengebirge, das Bergische Land... – Dies sind einige der städtischen Kulturzentren und Landschaften, die im detaillierten Programm auftauchen sollen.

Insgesamt geht es darum, daß Personen, die das Rheinland (noch besser) kennenlernen wollen, einige der an Kostbarkeiten so außerordentlich reichen Region „an Ort und Stelle“ in Augenschein nehmen können – und zwar bestens darauf vorbereitet.

Das Angebot des Bildungszentrums:
Veranstaltung Nr. 341

Entdeckungen in Deutschland
Studienreise durch das Rheinland
5. bis 10. September 1999

Diese zweite von Eichholz aus startende „Studienreise durch das Rheinland“ basiert auf den im Verlauf der ersten gemachten Erfahrungen und auf der dringenden Empfehlung, der „Pilotveranstaltung“ entsprechend attraktive Angebote folgen zu lassen.

Als regelrechte „Pflichtstationen“ wurden bezeichnet:

- in Aachen: die Pfalzkapelle (Dom)
- in Kornelimünster: Klosterbezirk und Wallfahrtskirche
- in Köln: der Dom, das Gräberfeld unter St. Severin, das Römergrab in Weiden, das Schnütgen-Museum
- in Brühl: Balthasar Neumanns grandiose Treppe und Carlo Carlones kongeniales Deckengemälde dort
- im Bergischen Land: die „bunte Kirche“ in Lieberhausen

Eine Fülle an Vorschlägen also – vor dem Hintergrund der ersten Studienreise. Das Programm der Veranstaltung im September soll allerdings auch bisher unberücksichtigt gebliebene

„Stationen“ aufweisen – die Doppelkirche in Schwarzrheindorf etwa, die „Heilige Stiege“ auf dem Kreuzberg, als Einfamilienhäuser genutzte wunderschöne Schlösser in der Köln-Bonner Bucht.

Auch die zweite Eichholzer „Studienreise durch das Rheinland“, in deren Verlauf auch Gespräche mit Vertretern des politischen Lebens erfolgen, wird von Prof. Günther Walzik begleitet, einem der profundesten Kenner dieser Kulturlandschaft. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt (25 Personen). Pro Person wird ein Teilnehmerbeitrag in Höhe von DM 750,- erhoben.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Frau Christa Kretschmann
Postfach 1331
D-5038 7 Wesseling
Fax Nr. 022 36/7 07-4 13

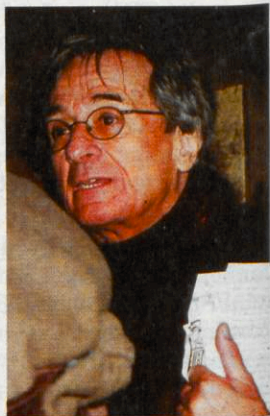


Foto: Willi Müller

Prof. Günther Walzik während der Führung durch den Aachener Dom

Viele Initiativen für die Integration junger Aussiedler

Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Konrad-Adenauer-Stiftung verstärkt ihre Initiativen für die Integration der Aussiedler. 1999 finden dazu 4 Fachtagungen unter Leitung von Dr. Blumenthal, Bildungszentrum Eichholz, und Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär a.D., statt. Bei der ersten Fachtagung vom 5. bis 7. Mai in Schloß Eichholz stand die Integration jugendlicher Aussiedler im Vordergrund.

Eva-Maria Kors MdB, Aussiedlerbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU Deutschlands, und Horst Waffenschmidt wiesen zu Beginn der Veranstaltung auf die besonderen Aufgaben für die jungen Aussiedler hin, die in eine völlig andere Welt kommen, aber in ihrer großen Zahl für die Zukunft unseres Landes von großer Bedeutung sind.

Leitender Regierungsdirektor Verenkotte vom Bundesverwaltungsamt, Geschäftsführer Warncke von der Otto-Benecke-Stiftung, Anton Wangler von der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland, E. Frommhold und Susanne Karle vom Arbeitsamt Waldbröl sowie Heike Hofmann vom Deutschen Sportbund berichteten anhand vieler Beispiele aus der Praxis von den vielfältigen Aktivitäten für die Integration und kamen damit in eine rege Aussprache mit den Aussiedlern und Aussiedlerbeauftragten aus allen Teilen Deutschlands.

In den sehr intensiven und lebhaften Diskussionen wurden folgende Schwerpunktaufgaben deutlich:

- Einladung junger Aussiedler zu gemeinsamen Aktivitäten mit einheimischen

Jugendlichen, z.B. im Sportverein. Die vom Bund geförderte Aktion „Sport mit Aussiedlern“ hat sich gut bewährt.

- Kombination von Programmen für Berufsausbildung und Deutsch-Unterricht. Beispiele über die Zusammenarbeit zwischen Arbeitsamt, Handwerkerschaft und Bundesverwaltungsamt wurden aufgezeigt.

- Alle Teilnehmer betonten immer wieder, daß erfolgreiche Integration auch viel Geduld verlange.

- Wie ein roter Faden zog sich durch die Diskussion die Erkenntnis: Förderprogramme sind wichtig, genauso wichtig, manchmal noch wichtiger ist, daß Aussiedler und Einheimische mit Einfühlungsvermögen aufeinander zugehen.

Mehrfach wurden Bedeutung und Notwendigkeit solcher Fachtagungen der Adenauerstiftung hervorgehoben; sie seien besonders wichtig für gegenseitige Information, Gedankenaustausch sowie Kennenlernen guter Beispiele und gegenseitige Ermutigung für die weitere Arbeit.

Christen gestalten Europa

Unter diesem Motto findet am 28./29. Mai in Dresden die 37. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU statt. Bundesvorsitzender Jochen Borchert: Wir wollen miteinander über Europa diskutieren und über die Prägekraft des Christentums auf dem zusammenwachsenden Kontinent.

Stand: 04.05.1999

Hörfunkspots - Öff.-rechtl. 90"

Tag/Datum	HR1	WDR2	WDR4	DFunk	DRadio	SFB/88.8	ORB/"Antenne Brandenburg"	SR1	SR3	SWR1	SWR4	MDR"live	NDR4
Moi/17.05.						05.25 h	17.52 h			12.53 h		11.45 h	
Die/18.05.					17.57 h								
Mi/19.05.			13.06 h					11.04 h				17.45 h	
Do/20.05.			14.27 h				17.52 h				16.53 h		
Fr/21.05.	08.56 h	15.06 h				18.25 h							
Sa/22.05.													
So/23.05.													
Mo/24.05.													
Die/25.05.			13.05 h		11.57 h				14.07 h				
Mi/26.05.							11.52 h		10.06 h	17.53 h	07.53 h	17.45 h	
Do/27.05.		15.05 h											
Fr/28.05.			18.57 h			05.25 h	11.52 h						
Sa/29.05.													
So/30.05.													
Mo/31.05.			13.06 h					15.04 h			16.53 h	08.45 h	11.55 h
Die/01.06.	18.56 h					18.25 h	11.52 h					17.45 h	
Mi/02.06.		15.05 h			17.57 h			11.04 h		12.53 h		08.45 h	09.25 h
Do/03.06.							17.52 h						11.55 h
Fr/04.06.				14.27 h		05.25 h							09.25 h
Sa/05.06.													
So/06.06.													
Mo/07.06.													
Die/08.06.			13.05 h			19.25 h	17.52 h			17.53 h		17.45 h	09.25 h
Mi/09.06.													14.10 h
Do/10.06.				18.57 h					10.06 h				09.25 h
Frei/11.06					11.57 h			15.04 h			07.53 h		09.25 h
Sa/12.06.		15.06 h					11.52 h						

TV-Spots in ARD und ZDF

ARD	ZDF
-----	-----

Tag	Datum	Uhrzeit	Uhrzeit
Montag	17.05.99	20.59	22.15
Dienstag	18.05.99		
Mittwoch	19.05.99		
Donnerstag	20.05.99		
Freitag	21.05.99	22.29	18.45
Samstag	22.05.99		
Sonntag	23.05.99		
Montag	24.05.99		
Dienstag	25.05.99	17.42	23.00
Mittwoch	26.05.99		
Donnerstag	27.05.99	21.44	
Freitag	28.05.99		
Samstag	29.05.99		22.00
Sonntag	30.05.99		
Montag	31.05.99		
Dienstag	01.06.99		18.45
Mittwoch	02.06.99	22.29	
Donnerstag	03.06.99		
Freitag	04.06.99		22.15
Samstag	05.06.99	18.39	
Sonntag	06.06.99		
Montag	07.06.99		
Dienstag	08.06.99	22.29	17.50
Mittwoch	09.06.99		
Donnerstag	10.06.99		
Freitag	11.06.99	21.44	21.15

Europa-Flugblätter per Fax und InfoNet



MEHR BÜROKRATIE UND WENIGER GELD

Die Neuregelung der 630-Mark-Jobs ist am 1. April in Kraft getreten. Für die Bürger bedeutet dies zusätzlichen Aufwand und weniger Geld in der Tasche:

■ Künftig muß der Arbeitgeber 12 Prozent an die Rentenversicherung abführen. Für den Arbeitnehmer bringt das nicht viel: Durch die Beiträge erwirbt der Arbeitnehmer einen Rentenanspruch von 4,17 DM pro Monat – aber auch nur, wenn er mehr als 42 Jahre einen 630-Mark-Job hatte.

■ Der Arbeitnehmer kann zusätzliche Rentenbeiträge von 7,5 Prozent abführen. Dadurch erhöht sich der Rentenanspruch auf ganze 6,79 DM monatlich. Allerdings muß ein Mindestbeitrag gezahlt werden: Wer 100 DM nebenher verdient, muß zusätzliche 47,25 DM pro Monat an die Rentenkasse zahlen.

■ Daneben muß der Arbeitgeber 7,5 Prozent Krankenversicherungsbeiträge zahlen – allerdings nur für gesetzlich Krankenversicherte. Das trifft in erster Linie die „kleinen Leute“.

■ Das Einkommen aus 630-Mark-Jobs ist nur dann steuerfrei, wenn keine weiteren Einkünfte vorliegen. Wer beispielsweise Rente oder Zinseinkünfte oberhalb der Freibeträge erhält, muß auch auf seinen Nebenverdienst Steuern zahlen. Das ist sozial ungerecht: Da das Einkommen des Ehegatten nicht berücksichtigt wird, kann die Millionärsgattin steuerfrei hinzuverdienen, während die geschiedene Mutter Steuern zahlen muß, wenn sie Unterhalt erhält.

■ Ein Arbeitgeber muß künftig 739,63 DM bezahlen, damit ein Arbeitnehmer, der nebenher etwas hinzuverdienen will, unter dem Strich 357,83 DM aus seinem 630-Mark-Job erhält. Aufwand und Ertrag stehen da in keinem Verhältnis mehr. Tausende Reinigungskräfte, Zeitungsausbräuer, Taxifahrer, Verkäufer und Kellner haben schon gekündigt. Schätzungen gehen davon aus, daß die Neuregelung über eine halbe Million Arbeitsplätze vernichtet.

Die Neuregelung ist bürokratisch und bringt für Arbeitnehmer und Arbeitgeber nur zusätzlichen Aufwand, zusätzliche Kosten und finanziellen Verlust. Die Flucht in die Schwarzarbeit wird zunehmen. Dank der komplizierten Vorschriften können sich Personalsachbearbeiter, Steuerberater und Sozialrechtsexperten freuen – ihr Arbeitsplatz ist sicher.

**Herr Schröder, schaffen Sie das
verunglückte 630-Mark-Gesetz wieder ab!**



CDU

mitten im Leben, mitten in Europa.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle verschickt jetzt im Europawahlkampf jede Woche ein gestaltetes Flugblatt per Fax. Es ist so angelegt, daß Sie es in unsere Rahmenflugblätter übernehmen können (zu bestellen beim IS-Versandzentrum, Bestell-Nr.: 1553, Mindestabnahme: 1.000 Expl., Preis: 41 DM.

Das Thema des Flugblattes entspricht der Anzeige, die jeweils Montags in „Bild“

und anderen ausgewählten Tageszeitungen in den neuen Ländern erscheint.

Flugblatt und Anzeige finden Sie auch online in unserem InfoNet. Wenn Sie einen Internet-Zugang haben, besorgen Sie sich Ihre Zugangsberechtigung zum InfoNet der CDU. Unter Angabe Ihrer Adresse und Ihrer Funktion in der CDU können Sie die Zugangskennung über die Fax-Nr.: 02 28/5 44-9 17 beantragen.



● Postkarte: **andere KÖNNEN AUCH NICHT STÄNDIG NACHBESSERN, HERR SCHRÖDER**

Bestell-Nr.: 9608

Verpackungseinheit: 250 Expl.

Preis je 250 Expl.:

32,50 DM

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand. Ab einem Warenwert von 50,-DM werden keine Versandkosten berechnet.

● „die LOGOS DER CDU“

CD-ROM für Mac und PC
inclusive der Gestaltungslinie zur
Europawahl 1999

Bestell-Nr.: 9594

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je CD: 6,00 DM



Bestellschrift

per Post:

IS-Versandzentrum

Postfach 1465

59306 Ennigerloh

Fax: 0 25 24/91 13 10

E-Mail:

cdu-shop@bertelsmann.de

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.



● Bierdeckel „630 DM“

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle bietet ab sofort zur Protest-Kampagne gegen das 630-Mark-Gesetz ein passendes Sympathiewerbemittel an, den 630-Mark-Bierdeckel. Da besonders in der Gastronomie ein hoher Anteil der Arbeitnehmer über 630-Mark-Verträge beschäftigt wird, eignet sich dieses Werbemittel besonders für Verteilaktionen an alle Gastronomie-Betriebe.

Bestell-Nr.: 9607

Verpackungseinheit: 600 Expl.

Preis je 600 Expl.: 21,00 DM zzgl. MwSt. und Versand

UiD

15/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Proffittich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.